

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3,90, monatlich 1,30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Postzeit oder deren Raum 60 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtsige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 121.

Montag, den 26. Mai 1919.

26. Jahrg.

Bittere Enttäuschung.

Aus Versailles wird uns geschrieben:

Der Abgeordnete Paul Mistral, Mitglied der Internationalen Kommission, die im Auftrage des Internationalen sozialdemokratischen Bureaus eine Studienreise durch Deutschland unternehmen soll, schreibt in der Humanité vom 20. Mai unter der Überschrift „Bittere Enttäuschung“:

Ob man ihn in seinen territorialen, in seinen wirtschaftlichen oder in seinen finanziellen Klauseln untersucht, wird der Friedensentwurf, soweit wir ihn durch das Resümee, das uns gegeben wurde, kennen, den Völkern eine bittere und schreiende Enttäuschung bereiten. Wenn er genau durchgeführt wird, wird grundsätzlich nichts an dem Regime geändert werden, unter dessen Last Europa zusammenbrach. Der Vertrag verringert keineswegs die Gefahr eines künftigen Krieges; er bereitet weder die Entspannung, noch die Entwaffnung der Geister vor; er verewigt vielmehr die Gegensätze und das System der Rüstungen.

Die Vormundschaft Frankreichs über das Saarbecken, verschlimmert durch eine Volksbefragung zwecks Annexion, wird nicht verfehlt, ständige Rivalitäten und Streitigkeiten hervorzurufen.

Die Besetzung des linken Rheinufers wird Frankreich nötigen, die allgemeine Wehrpflicht und eine starke Armee aufrechtzuerhalten. Während das Land aus allen Adern geblutet hat, während unsere produktiven Kräfte auf ein Minimum herabgesetzt sind, während alle Energien der Nation kaum genügen dürften, um unsere Ruinen wieder aufzubauen und die wirtschaftliche Tätigkeit wieder zu beleben, werden Hunderttausende von jungen Menschen eine kostbare Zeit damit vergeuden müssen, eine wenig glänzende Rolle zu spielen. Aber das wird die Aufrechterhaltung brillanter Stäbe, zahlreicher Offiziere gestatten, sowie die Sicherheit neuer Verdienste für die Lieferanten und Fabrikanten von Kriegsmaterial. Der französische Militarismus wird den preußischen Militarismus ersetzen, und die militärischen Ausgaben werden auf einen bereits sehr belasteten Etat noch mehr drücken.

Andererseits wird die 15jährige Anwesenheit des Siegers in den deutschen Städten das sicherste Mittel sein, die traurige Erinnerung an den Krieg immer wach zu halten. Sie wird nicht verfehlen, den Haß gegen den Eindringling und den Revanchgeist zu schüren. Sie wird eine ständige Ursache von Zwischenfällen sein, die die schwersten Folgen haben könnten.

Das Interesse Frankreichs, wie auch das des Weltfriedens verlangte, daß man anderswo die für die Durchführung der Klauseln des Vertrages nötigen Garantien suche. Diese Garantien bestanden in einem Völkerbund, der nicht ein Bund der siegreichen Staaten, sondern der organisierte Bund aller Völker in der internationalen Solidarität gewesen wäre. Die Macht aller für die Aufrechterhaltung des Friedens vereinigten Nationen und die wirtschaftlichen Zwangsmittel, über die die Welt verfügt, hätten es weit besser ermöglicht, die Achtung der Verpflichtungen zu erzwingen und die kriegerischen Gelüste zu unterdrücken.

Das war der Gedanke des Präsidenten Wilson. Das war der durch den internationalen Sozialismus ausgedrückte Willen. Das war die Lösung, die alle Völker erwarteten, welche so schmerzhaft gelitten hatten und denen man einen dauernden Frieden und das Ende der Rüstungen versprochen hatte.

Die kapitalistischen Regierungen haben es nicht gewollt. Sie haben nicht verstanden, dem Druck der Imperialisten und der Militärs zu widerstehen. Sie haben nicht jede Chance beiseite schieben wollen, neuerdings die Aspirationen und Ansprüche des Proletariats im Blute erstickt zu können. Sie haben in die Klauseln des Vertrages sichere Reime zu neuen Kriegen hereingebracht.

Was zuerst auffällt, ist die Dauer der wirtschaftlichen Sklaverei, die die Entente Deutschland auferlegen gedenkt. Ich glaube nicht, daß im Laufe der Geschichte ein Sieger jemals für so lange Zeit so schwere Verpflichtungen vom Besiegten erzwingen hat. Um die Bezahlung dieser Schulden und die Ausführung der auferlegten Bedingungen zu sichern, ist die Besetzung mit all ihren Kosten und all ihren Gefahren von Konflikten der viel sichereren Wirkung eines wirklichen Völkerbundes vorgezogen worden.

Die Anerkennung von deutscher Seite einer Schuld an die Entente in einer Höhe, von der unser Regierender selbst wissen, daß sie niemals wird eingetrieben werden können, wird im Herzen des deutschen Volkes die Entmutigung und den Haß wachhalten. Entmutigung, weil man das Ende dieser wirtschaftlichen Sklaverei nicht wird erblicken können, Zorn wegen der Härte, mit der man behandelt wurde, Wunsch einer Revanche, um einst dieser Sklaverei entgegen zu können.

Indem Frankreich seiner Kriegsformeln Lügen gestraft hat, hat es außerdem ein schlechtes finanzielles Geschäft gemacht. Weil wir in die von Deutschland geschuldeten Summen die Familienunterstützungen und die Militärpensionen hineinnahmen, sind Amerika und England veranlaßt worden, daselbe zu tun, und ihre Forderungen sind auf diese

Weise beträchtlich erhöht worden und nehmen daher einen größeren Raum in der allgemeinen Rechnung ein.

Während, wenn man sich an das Prinzip des Präsidenten Wilson gehalten hätte, von Deutschland nur die Wiedergutmachung der materiellen Kriegsschäden zu verlangen, hätte der Hauptteil der Forderung der Entente nur zumeist dasjenige enthalten, was Frankreich und Belgien geschuldet wird; und da die von Deutschland bezahlte Summe in allen Fällen dieselbe wäre, würde der auf unser Land entfallende Prozentsatz größer gewesen sein. So haben unsere Imperialisten in der Absicht, „Deutschland wird alles bezahlen“ einen Schein von Verwirklichung zu geben, den Interessen Frankreichs geschadet und zugleich für die Zukunft zahlreiche Ursachen von Konflikten und Kriegen geschaffen.

Welche grausame Enttäuschung für die Völker! Und zugleich welche Lehzelt! Um uns zu den schlimmsten Opfern zu veranlassen, hatte man von: Krieg des Rechtes und vom Frieden der Gerechtigkeit und Wüstung gesprochen; der durch die Entente vorbereitete Friedensvertrag ist die Verneinung aller unserer Hoffnungen. Frankreich und die Menschheit werden die juristischen und unausbleiblichen Folgen dieses Friedens tragen, wenn nicht der internationale Sozialismus stark genug wird, um die Revision dieses Friedens zu erzwingen, den die kapitalistischen und imperialistischen Regierenden in verbrecherischer Weise sabotiert haben.

Zum Friedensvertrag.

Der Spartakusbund

läßt seinen „Leitfaden über den Frieden“ erscheinen, in dem er eine „aktive revolutionäre Politik“ zur Errichtung der proletarischen Diktatur als einziges Hilfsmittel empfiehlt. Er erwartet von der Weltrevolution, der Bildung einer roten Armee und dem Anschluß an Rußland und Ungarn alles. Von der Friedensbedingungen der Entente wird gesagt: Sie erdrücken die kommende proletarische Revolution, sie liefern das Proletariat reiflos in die Hände der eigenen und der fremden Bourgeoisie, sie rauben der Produktion jeden Boden der Sicherheit der Existenz, sie legen die Arbeiterkassette und das Kleinbürgertum der Vernichtung aus, sie verurteilen die industrielle Produktion zum Untergang. Weiter heißt es u. a. wörtlich:

Die Unterzeichnung würde das Land dem wirtschaftlichen Untergang, dem ausweglosen Elend zuführen: Untergang der Industrie und des Handels, Vernichtung der Landwirtschaft, Zusammenbruch der Staatsfinanzen unter dem doppelten Druck des Tributs an die Sieger und der Zinszahlung an das inländische Kapital für die Kriegsschulden.

Die Haltung der Unabhängigen ist diktiert von der absoluten Hilf- und Ratslosigkeit, von der Passivität und Feigheit, die dieser Partei von Anfang an anhängen.

Vor der Frage der Liquidation des Krieges wiederholt sich für die Unabhängigen in potenziertem Maße ihre absolute Unfähigkeit zu handeln: sei es revolutionär, sei es gegenrevolutionär.

Die Politik der Unabhängigen, die mit linken Mehrheitssozialisten zusammen eine Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages bilden wollen, würde danach sofort durchkreuzt werden durch einen gewalttätigen Versuch der Kommunisten, sich selber in die Herrschaft zu setzen. Die „reinsocialistische Regierung“ müßte vor diesem Versuch entweder widerstandslos abdanken, oder aber sich ihm widersetzen, d. h. im Sinne der Unabhängigen und Kommunisten „gegenrevolutionär“ werden. Das wahrscheinliche wäre ihr sofortiger Sturz und ihre Ersetzung durch eine rein kommunistische Regierung. Wer den Kommunisten die Kraft zutraut, inmitten der Weltwirren eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, wird sich für ihre Politik entschließen müssen. Für den, der von ihnen nur den schlimmsten Diktantismus und das Chaos erwartet, kann es nur eine Politik geben, die der Mehrheitssozialisten. Die Politik der Unabhängigen bleibt für alle Fälle eine platte Unmöglichkeit.

Die Deutschnationale Volkspartei

tritt als Helfershelfer der Kommunisten auf. Auch sie will die bedauernde Situation des deutschen Volkes ausnutzen, um ihm noch größeren Schäden zuzufügen, auf das dann im grenzenlosesten Eifer die Reaktionen ihr Reich wieder errichten können. Die Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei verbreitete am 14. Mai ein Rundschreiben, dem wir nach der „Demokratischen Parteikorrespondenz“ folgende Sätze entnehmen:

„Die Bekanntgabe der Friedensbedingungen hat niederschmetternd auf alle Deutschen gewirkt. Die Situation muß von uns unbedingt agitatorisch ausgenutzt werden.“

Kein Mittel ist diesen Patrioten schlecht genug, um ihre unheilvolle Politik durchzusetzen. Es sind dieselben Leute, die durch das Herrschhausmitglied Graf Roon im Juli 1918 noch folgende Bedingungen für den Friedensschluß aufstellten:

1. Zurückweisung jedes Verständigungsversuchs, bis wir Paris haben;
2. Angliederung der jetzt belgischen Landesteile;
3. Abtretung der flandrischen Küste bis einschließlich Calais an Deutschland;
4. Abtretung des französischen Erzgebirges von

Langon und Briey; 5. Frankreich tritt die Festungen Belfort, Toul und Verdun und ihre Gebiete an Deutschland ab; 6. England tritt Fletten- und Kohlenminen an Deutschland ab; 7. England liefert seine gesamte Kriegsschiffe an Deutschland ab; 8. England gibt Ägypten und den Sudan an die Türkei; 9. Teilung von Serbien und Montenegro zwischen Österreich und Bulgarien; 10. Erstattung unserer gesamten Kriegskosten durch Amerika, England und Frankreich; 11. Militärische Okkupation der besetzten Gebiete, bis jeder Punkt dieses Friedensvertrages erfüllt ist.

Die Sozialdemokratie und die Mehrheit des deutschen Volkes hat sich entschieden gegen diese Gewalttaten gewendet und weist den Versuch entschieden zurück, jetzt die Folgen für jenen Wahnsinn zu tragen. Wir zitteren das Ganze nur, um damit zu sagen, daß die früheren politischen und militärischen Machthaber alle Ursache haben, jetzt ihr teures Maul zu halten.

Die Hoffnung auf die Unabhängigen.

Reichsminister Dernburg hatte dem Berliner Vertreter des „Temps“ erklärt, die jetzige deutsche Regierung werde nichts unterschreiben, was sie nicht genau erfüllen könne. Die gegenwärtige Regierung sei die einzige, die imstande sei, die Verpflichtungen zu erfüllen, da sie sich auf zwei Drittel des Volkes stütze. Der „Temps“ berichtet die Nichtigkeit dieses Arguments; die Berliner Demonstration, an der sich, nach dem Bericht des „Temps“, 50 000 Unabhängige gegen nur 10 000 Mehrheitssozialisten beteiligt hätten, beweise das. — Wie man sieht, berufen sich die Imperialisten nun auf die deutschen Unabhängigen, um die jetzige Regierung als verfassungsfähig hinstellen, um so Deutschland ein noch schwereres Joch aufzulegen zu können.

Die Ablehnung des Friedensvertrages — der Ruin Belgiens.

Im Brüsseler „Peuple“ schreibt der Sozialistenführer de Brouckere, die Ablehnung des Friedensvertrages und die daraus folgende Erziehung der deutschen Regierung durch ein politisches Nichts würde gleichzeitig auch den Ruin Belgiens bedeuten. Zu solcher Selbstmordpolitik wäre aber Deutschland zu realistisch. Es werde also unterzeichnet, wenn es die Möglichkeit eines Wiederaufbaues vor sich sähe. Zu diesem Zweck müsse die Saarfrage und die Danziger Frage den Wilson'schen Prinzipien mehr entsprechend geregelt werden. Deutschland müsse für seine künftige Versorgung mit Rohstoffen präzisere Garantien erhalten und über die Bedingungen für seinen Eintritt in den Völkerbund unterrichtet sein. Der „Peuple“ betont, das eigene Interesse Belgiens erfordere das wirtschaftliche Wiederaufleben Deutschlands.

Vom linken Rheinufer, West- und Ostpreußen, Polen, Oberschlesien ist bei diesem zaghaften Einpruch nicht die Rede. Die finanziellen Lasten sind ebenfalls nicht erwähnt.

Die Bedingungen für Österreich

sehen für das österreichische Heer eine Stärke von 20 000 Mann vor. Darin sind acht Artillerieregimenter mit 7½-Zentimeter-Geschützen einbezogen. Gegen die Verzögerung der Friedensverhandlungen hat die deutsch-österreichische Delegation Protest eingelegt.

Streit über den Raub.

Die Gegenregierung Kollisch hat erklären lassen, daß sie gegen die Stellung Konstantinopels unter Vormundschaft protestiere und daß das Verwaltungsmandat über Konstantinopel Amerika nicht erteilt werden dürfe. Die Russen verlangen die Ausführung des Londoner Abkommens, wonach Konstantinopel an Rußland fällt, und stellen den Antrag, daß die Verwaltung vorläufig durch Frankreich ausgeübt wird, bis die Verhältnisse in Rußland geregelt sind.

Das neue türkische Kabinett protestierte bei allen alliierten Mächten gegen die Besetzung Smyrnas durch die Griechen. Aus allen Teilen Anatoliens laufen bei der Regierung Protesttelegramme ein. Im ganzen Vilajet Smyrna werden Protestversammlungen organisiert. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, sich freiwillig zur Armee für die Verteidigung des nationalen Rechts zu melden. In Konstantinopel herrscht Ruhe. Zahlreiche türkische Geschäfte sind geschlossen. Die Straßen und die beherrschenden Punkte der Stadt sind von Truppen besetzt.

Einer Radiomeldung aus Neuport zufolge machen die amerikanischen Blätter von einer im Väterrat herrschenden Unstimmigkeit Mitteilung, die dadurch entstanden sei, daß italienische Truppen ohne Wissen der Konferenz in der Türkei gelandet sein sollen. Wie die Associated Press meldet, sollen Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten gemeinsam Italien um eine Erklärung darüber ersucht haben. Wie die amerikanischen Blätter bemerken, scheinen die Italiener die Absicht zu haben, auf eigene Faust ihre Interessen wahrzunehmen.

Aus Oedenburg wird gemeldet, daß die rote Armee der Budapest Regierung, die vor kurzem infolge Materialmangels vor dem Zusammenbruche stand, nunmehr mit allem Bedarf versorgt ist. Die Budapest Regierung verdankt dies dem Entgegenkommen Italiens. Die Stärke der ungarischen Armee wird auf 120 000 Mann geschätzt. Es wird angenommen, daß sich die Budapest Regierung zu Kompensationen verpflichtet hat und gegebenenfalls bei einem offenen Konflikt zwischen Südslavien und Italien diesem mit der roten Armee zu Hilfe kommt.

Weltarbeiterklub — Arbeitsvermögen im Ausland.

Die deutsche Friedensdelegation hat zwei wichtige Noten an die Alliierten gerichtet, die wir kaum mangels wegen nur im Auszug wiedergeben.

Die erste beschäftigt sich mit der Ententeantwort auf die deutsche Note über die Arbeiterergesetzgebung und führt u. a. an: Die deutsche Delegation ist mit den Entente-Regierungen über die Mittel der Lösung der Arbeiterfragen nicht einig. Es war die Absicht der deutschen Delegation, den beruflichen Vertretern der Arbeiterschaft aller Länder nach während der Friedensverhandlungen Gelegenheit zu geben, in den Fragen des Arbeiterrechts und des Arbeiterklubs selbst basierend die Worte zu sprechen und eine Übereinstimmung zwischen dem Entente-Friedensentwurf, dem deutschen Vorschlag und den Beschlüssen der Berner internationalen Gewerkschaftskonferenz herbeizuführen. Der Ententeentwurf berücksichtigt die Forderungen der Berner Konferenz nach zwei wesentlichen Richtungen nicht. Danach muß die Hälfte der Stimmberechtigten Konferenzteilnehmer aus Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jedes Landes bestehen, während der Ententeentwurf ihm nur ein Viertel der Stimmberechtigung aussetzt. Der zweite Unterschied betrifft die Rechtswirksamkeit der Konferenzbeschlüsse. Nach dem Berner Beschlüssen sollen aus dem internationalen Parlament der Arbeiterinternationalen Gesetze hervorgehen, bis vom Vorgesetzten der Annahme dieselbe Wirksamkeit wie nationale Gesetze haben. Nach dem Ententeentwurf können derartige Beschlüsse überhaupt nicht gefaßt werden, sondern nur Vorschläge oder Entwürfe. Damit entzieht sich der Ententeentwurf von den Berner Beschlüssen so weit, daß eine Beratung und Bestätigung der Arbeiterorganisationen bei den Friedensverhandlungen unbedingt nötig ist, damit die beschlossenen Anforderungen der Arbeiter schon bei Friedensschluss durch die Gesellschaft der Nationen zu einem internationalen Recht erhoben werden. Hierdurch ist auch das feste Fundament für den Weltfrieden geschaffen, denn ein ohne Zustimmung der organisierten Arbeiter aller Länder nur von den Regierungen allein geschlossener Vertrag wird der Welt den sozialen Frieden nicht bringen. Die deutsche Delegation wiederholt deshalb ihren Antrag auf Einberufung einer Bertrator-Konferenz aller Arbeitergewerkschaften nach während der Friedensverhandlungen. Sollte er wiederum abgelehnt werden, so ist mindestens eine Konferenz der Führer der Gewerkschaften aller Länder erforderlich.

Die zweite Note befaßt u. a.: Die Friedensbedingungen über das Privateigentum der heiderseitigen Staatsangehörigen sind in erster Linie von den Bestimmungen der Entente-Regierungen diktiert, das gesamte, in ihrem Machtbereich befindliche deutsche Privateigentum als eine einheitliche Masse zu behandeln, an der sowohl die Privatforderungen dieser Staatsangehörigen als auch die staatlichen Ansprüche auf Kriegsschuldung berücksichtigt werden sollen. Die deutsche Delegation sieht sich zu der Erklärung verpflichtet, daß ihr die vorgeschlagene Regelung grundsätzlich unannehmbar erscheint, da sie mit dem elementarsten Gedanken eines Rechtsfriedens nach verschiedenen Richtungen hin in Widerspruch steht. Die vorgeschlagene Verwertung deutschen Privateigentums im Ausland läuft auf eine derartige weitgehende Konfiskation von Privateigentum aller Art aus, daß eine allgemeine Erschütterung der Grundlage des internationalen Rechtsfriedens die Folge sein muß. Die deutsche Delegation ist überzeugt, daß sich zwischen den heiderseitigen Standpunkten ein Ausgleich finden müßte. Eine Reihe von Bedenken würde schon dadurch beseitigt werden, daß der Grundsatz der Gegenseitigkeit Anwendung fände, wie er dem Geiste des Völkerbundes entspricht. Im übrigen wäre allerdings mündliche Beratung der einschlägigen Fragen erforderlich.

Clemenceaus Antwort.

Auf die deutsche Note über die wirtschaftlichen Bedingungen ist von Clemenceau eine Antwort eingegangen. Er behauptet, daß Deutschland keine Heberziehungen gemacht habe. Die deutsche Note behauptet, daß die industriellen Kraftquellen Deutschlands vor dem Kriege zur Deckung des Bedarfs einer Bevölkerung von 67 Millionen Einwohnern nicht genügt und sie heißt es in der, als entsprechende Ziffer der Bevölkerungszahl, für die Deutschland mit verminderten Kraftquellen auch in Zukunft weiter sorgen muß. Das ist nicht der Fall. Die gesamte Bevölkerung Deutschlands wird um etwa sechs Millionen Seelen verringert werden, die nichtdeutschen Gebieten gehören, und die man zu bevaccuieren beabsichtigt. Es sind die Bedürfnisse dieser verminderten Bevölkerung, die wir berufen sind, zu prüfen. Die Aufgabe der Handelskammer sei unzureichend und eine notwendige Gültigkeit. Als teilweisen Ersatz der 12 750 000 vertriehen Tonnen beabsichtigt man, 4 Millionen Tonnen deutscher Schiffe zu übernehmen, mit anderen Worten, die Schiffe, die man Deutschland wegzunehmen beabsichtigt, helfen weniger als dritten Teil der Tonnage dar, die auf diese nicht zu rechtfertigende Weise zerstört worden ist. Die Wegnahme der Gebiete im Osten würden die Einfuhr ja nicht abschneiden. Die Abtretung eines Drittels der Kohlengruben wird mit ähnlichen Gruben zu wiberlegen versucht und mit der Zerstörung der Gruben in Frankreich zu rechtfertigen versucht. Ebenso ist es mit der Erzfrage. Die alliierten und assoziierten Mächte können die rein spekulativen Betrachtungen nicht anerkennen, die die deutsche Note bezüglich der Zukunft der deutschen Industrie im allgemeinen enthält. Diese Betrachtungen erscheinen ihnen durch offensichtliche Heberziehung gekennzeichnet und entsetzt. Desgleichen kann man, was die künftige Bevölkerung betrifft, den Angaben der deutschen Note keinen Glauben schenken. Ferner versucht sie zu beweisen, daß die Auswanderung aus Deutschland notwendig sein wird, aber daß wenige Länder diese Auswanderer aufnehmen werden. Sie versucht auch nachzuweisen, daß eine Menge von Deutschen in ihr Geburtsland zurückkehren werden, was bei unter Bedingungen zu leben, die man schon jetzt als unzureichend hinzugeht hat. Es wäre unrichtig, jetzt Gewicht auf die eine oder die andere dieser Annahmen zu legen. Die Behauptung, daß die Friedensbedingungen den Tod mehrerer Millionen Menschen zur Folge hätten, sei leichtfertig. Deutschland herabzusetzen nicht die großen Leistungen, die Deutschland für seine Heberziehungsleistungen durch die zwangsweisen Einberufungen seiner zukünftigen militärischen Leistungen genießen wird. Deutschland mußte auf alle Fälle die Leiden tragen, die es seiner Kriegsverbrechen verdiente.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Beamtenauschüsse.

Speziell erließ die preussische Staatsregierung am 24. März 1919 vorläufige Bestimmungen über die Bildung von Beamtenauschüssen bei jeder Behörde, die demnach mindestens 20 Beamte beschäftigt. Eine endgültige Regelung der Frage der Beamtenauschüsse wird später im Rahmen des allgemeinen Beamtenrechts erfolgen.

Der preussische Minister des Innern regte nunmehr die in Frage kommenden Stellen an, bis zur endgültigen Regelung die erwähnten Bestimmungen auch für die Bildung von Beamtenauschüssen bei den Behörden und provinzialen Verwaltungseinheiten sowie bei den kommunalen Behörden zur Richtschnur zu nehmen.

Der von Göttingen in, West.

Wie an vielen Orten, so hat sich auch in Göttingen ein Verein zur Wiedervereinigung der beiden Sachverständigenkräftigen Richtungen gebildet, dem von beiden Seiten eine große Anzahl Parteigenossen angehören. Die Genossen setzen das Bestreben, durch gegenseitige Aussprachen die bestehenden Gegensätze zu mildern und eine Wiedervereinigung anzubahnen. Der Leitung der Bochumer Unabhängigen war dies jedoch gegen den Strich, sie lehnte einen Antrag durch, nach dem jeder aus ihren Reihen sofort ausgeschlossen wird. Der Rest dieser Vereinigung angehört. — Das ist allerdings der Gipfel.

Zum geplanten Raubzug gegen die Kriegsbefehlshaber, über den wir kürzlich berichteten, schickt der Kriegerbund der deutschen Landes-Kriegerverbände dem „Vorwärts“ eine Berichtigung, an deren Kopf steht: „Protector S. M. der Deutsche Kaiser“ und die unterzeichnet ist vom Generaloberst von Heeringen, einem der Lampromittierten Generale des alten Systems. Die Berichtigung lautet:

Den Kriegervereinen ist niemals von irgendeiner Stelle zur Gründung des Reichskriegsbundes aus Reichsmitteln unter Ausschluß aller anderen Kriegsteilnehmer-Organisationen ein Betrag von dreihundert Millionen Mark angeboten oder zur Verfügung gestellt worden.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu, er habe nicht behauptet, daß die 300 Millionen den Kriegervereinen bereits zur Verfügung gestellt oder angeboten worden wären, sondern festgestellt, daß der Plan des Korruptionsfonds unter dem alten System ausgeführt worden und infolge der Revolution nicht zur Ausführung gelangt ist, obwohl einflußreiche Stellen im Reichsamt des Innern noch 14 Tage vor dem 9. November 1918 die ausdrückliche Förderung dieses Korruptionsfonds empfahlen.

In einer erweiterten Zuschrift beklagen sich die Kriegervereine noch, daß sie ihre menschenfreundlichen Absichten bei ihrem Raubzug auf die Mittel der Kriegsbefehlshaber-Fürsorgegang und gar verkannt hätten. Sie hätten nur verhindern wollen, daß die Spender der früheren Ludendorff-Spende durch die vom „Sannoverschen Courtes“ verbreitete Notiz veranlaßt werden könnten, ihre Gelder in die eigene Tasche zurückziehen zu lassen! Wie menschenfreundlich! Seine Notiz ist nämlich von den Kriegervereinen selber lanciert worden, wenn diese auch jetzt zu leugnen versuchen. Im übrigen sollten uns die Kriegervereine, bevor sie über die Sache reden, erst einmal den Namen des Schweinehundes angeben, der eine Anzahl von Spendern persönlich veranlaßt hat, ihre gezeichneten Beträge zurückzuziehen. Wir glauben bestimmt, daß sie den Mann kennen, der sich durch die Umbenennung der Ludendorff-Spende in Volksspende so besonders gekränkt gefühlt hat.

Ungarn.

Entente-Terror. Der „Pester Lloyd“ meldet, unter dem Schutz der Ententearmee wütle in Szegedin seit Wochen der weiße Terror, Bluttribunale seien eingesetzt, die mit beispielloser Grausamkeit gegen die Anhänger der sozialistischen Bewegung vorgehen. So wurde ein Mitglied des Szegediner Direktoriums zum Tode durch Erschießen ein Arbeiterführer zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Alles geschehe unter dem Schutz des Kommandanten der französischen Besatzungstruppen.

Rußland.

Peterhof von der russischen Nordarmee eingenommen. Das russische Informationsbureau in Stockholm hat die Mitteilung erhalten, daß die weißrussische Nordarmee wahrscheinlich mit Hilfe der britischen Flotte Peterhof eingenommen hat. Peterhof liegt auf der Südseite der Finnischen Bucht, ungefähr 21 Kilometer von Petersburg entfernt. Unter der Nordarmee sind die russischen Freiwilligen zu verstehen, die unter diesem Namen eine Abteilung der estnischen Armee bilden.

Die russische Telegraphen-Agentur in Moskau meldet, daß die unter dem Befehl des Admirals Koltchak stehenden sibirischen Truppen sibirisch von Samara eine Niederlage erlitten haben. Die bolschewistischen Verbände sollen die Streitkräfte Koltchaks zurückgedrängt haben und sie verfolgen. Admiral Koltchak zieht sich auf Ufa zurück.

Mariopoll von den Kosaken erobert. Von Noworossik wird gemeldet, daß die unter dem Kommando des Generals Schkurs kämpfenden Kuban-Kosaken die Stadt Mariopoll erobert haben, westlich auf das Asowische Meer zu vorrücken und 6000 Bolschewiki gefangengenommen haben.

Frankreich.

Die Demonstration der französischen Schwarzmeer-Flotte. In der Kammer verlangten die Deputierten Vollette, Lafant, Kergueszer, Goube, Cachin die Festlegung des Zeitpunktes für ihre Interpellation über die Räumung Odessas, über die französische Politik im Orient und über die Bedingungen, unter denen die französischen Kriegsschiffe nach Frankreich zurückgebracht wurden, welche man gegen die russische Revolution verwenden wollte. Die Interpellanten protestieren gegen eine Intervention in Rußland. Goube verlangte, daß bis zum Zeitpunkt der Erörterung der Interpellationen keinerlei Streikmaßnahmen gegen die Matrosen der französischen Schwarzmeer-Flotte ergriffen würden. Die Offiziere versprachen ihm dies. Die erste Frage stützte auf den französischen Schiffen, aber die Offiziere wurden nicht belästigt. Die französischen Matrosen drückten im Einvernehmen mit der Landarmee nur ihren Willen aus, die russische Revolution nicht zu bekämpfen. Nach der Intervention Cachins erklärte sich der Marineminister bereit, am 6. Juni den Interpellanten zur Verfügung zu stehen.

England.

Generalstreikdrohungen. Der Ausschub des englischen Gewerkschaftsausschusses überreichte Lord Curzon eine vom Dreizehner — Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter — angenommene Entschliessung, die die Aufhebung der Intervention in Rußland, die Aufhebung der Heeresüberführung und der Blockade gegen Deutschland fordert. Der Dreizehner droht in der Resolution mit dem Generalstreik, wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden. Die Antwort Lord Curzons wird nicht als befriedigend erachtet. Der Arbeitsminister Sir Robert Horne reist Freitag nach Paris, um mit Lloyd George über die Lage zu verhandeln.

Wirtschaftliches.

Kein Mangel an Lebensmitteln.

In den letzten Tagen sind wiederholt Auffassungen geäußert worden, nach denen die Entente seit längerer Zeit die Lebensmittelzufuhr nach Deutschland eingestellt habe. Wie

die B. P. N. vernehmen, ist die Zufuhr bis Ende der vorigen Woche nicht nur normal, sondern sogar reger gewesen. Im Laufe dieser Woche ist allerdings in den Zufuhren eine Stockung eingetreten. Doch hat dies keine politischen Ursachen, sondern diese Unterbrechung in den Zufuhren ist einfach darauf zurückzuführen, daß infolge der Verkehrsverhältnisse auch unsere Geldsendungen nicht rechtzeitig in Rotterdam eingegangen sind. Heute, am Sonnabend Morgen, ist aber bei den einschlägigen Regierungsstellen die Meldung eingegangen, daß die Geldsendungen eingegangen seien und daß man nunmehr mit den Lebensmittellieferungen in der gewohnten Weise fortfahren werde.

Mit der Ausfuhr von Gefrierfleisch

aus Holland nach Deutschland ist jetzt der Anfang gemacht worden. Täglich werden 250 000 Kilogramm geliefert. Die Ausfuhr geschieht von verschiedenen Plätzen aus. Insgesamt sollen acht Millionen Kilogramm verhandelt werden.

Blockade-Erleichterungen.

Auf Grund der jüngsten Änderungen der Blockadebestimmungen wurde jetzt beschlossen, die Firmen in Großbritannien zu ermächtigen, innerhalb der monatlichen Ration, die Deutschland nach dem Brüsseler Abkommen zugeordnet worden ist, durch neutrale und alliierte Länder Lebensmittel nach Deutschland auszuführen.

Der freie Eisenhandel.

gegen den das sächsische Wirtschaftsministerium beim Reichsernährungsamt Einspruch erhoben hat, soll bestehen bleiben. Das Reichsernährungsministerium hebt hervor,

daß seine mit der Aufhebung der Inlandsverkehrshemmnisse gemachten Erfahrungen eine Wiedereinführung der aufgehobenen Verbrauchs- und Verkehrsregelung nicht unbedingt erforderlich seien. In der Hauptsache sei es die Mischmaßnahme auf die Kleinbäuerliche Bevölkerung und den auf dem Lande anwesigen Arbeiter gewesen, die zu der getroffenen Maßnahme veranlaßt habe. Diese Kreise hätten sich mit aller Schärfe gegen das heutige System der Zwangsvermittlung gewendet. Insbesondere hätten sich aber auch die heimgekehrten Soldaten gezeigt, den bestehenden Ablieferungsverpflichtungen nachzukommen, indem sie darauf hinwiesen, daß ihnen und ihren Familien der Hauptteil der von ihnen produzierten Erzeugnisse durch die öffentliche Bewirtschaftung entzogen würde, während andererseits der in der Industrie und Haushalt beschäftigte Arbeiter infolge seiner erhöhten Bedürfnisse durch den Wegfall der Lebensmittel zu erhöhten Preisen zu erwerben. (21) Bei Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung würden aber an die Bevölkerung nur in einem Umfang gelangen, der mit der auf die Erfassungsorganisation verwendeten Mühe und mit der durch die Aufrechterhaltung der Zwangsvermittlung hervorgerufenen Entwertung der Erzeugnisse in keinem Verhältnis gestanden hätte und jedenfalls hinter der im letzten Wirtschaftsjahre öffentlich verteilten ohnehin ungenügenden Menge erheblich zurückgeblieben wäre.

Diese Begründung stammt gewiß von einem vorinstanzlichen Geheimrat, der keine Ahnung davon hat, daß auch unter dem freien Eisenhandel die Mehrzahl des Volkes keine Eisen bekommen. Der freie Handel hat sich bisher nur in preissteigernder Wirkung betätigt. Er ist darin vom stumpfsinnigen Aufkäuferhandel kräftig unterstützt worden und die letzten auch jetzt zu viel geschonten Waren verstehen ebenfalls den „angemessenen“ Preis zu fordern. Es verneinen sich hier Leute zu einem halbabschmeichlerischen Pakt, die nicht genug über die hohen Löhne der Arbeiter zernüchtern können. Das Schlimmste dabei ist aber, daß trotz dieser sogenannten hohen Löhne die Arbeiter nicht imstande sind, die Preise zu bezahlen. Denn Ducker und Weiler nichts ist das Ganze, das eine einseitige Anflage für den Staatsanwalt bilden müßte.

Unsere Nahrungsmittel.

Wie die Nahrungsmittel, die jetzt vielfach ausgegeben werden, beschaffen sind, das ergibt sich aus einem Inserat, das die Nahrungsmittel- und Genussmittel-Gesellschaft m. B. H. Germania in „Leipziger Tageblatt“ bekanntmacht:

Ueberstände an Dörrenmüll, wie getrocknete Kohlrüben, Weizkohl, Mörrüben usw. übernehmen wir von Behörden und großen Firmen zu Höchstpreisen zwangs Umarbeitung in ein wohlschmeckendes Suppenmehl. Wir liefern dem gemahlten Dörrenmüll feinstes Suppenmehl und Gewürze aus eigenen Beständen zu.

Unsere Hausfrauen wissen ein Lied davon zu singen, wenn sie diese „wohlschmeckenden Suppenmehle“ in den Topf rühren. Da zeigt sich so recht, welchen Dreck man für teures Geld aufgeschafft bekommt, der nicht den geringsten Nährwert hat. Es scheint jedoch die Hauptsache zu bleiben, daß die Herren Kohlrübenproduzenten und Suppendreckfabrikanten keine Einbuße erleiden. Das Volk mag den „Kohl“ verdauen und teuer bezahlen.

Aus Südbel und den Nachbargebieten.

Montag, 26. Mai.

Die Vorstand- und Ausschußsitzung findet heute abend 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus statt.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, dem 2. Juni, abends 6 Uhr statt.

Erwartung.

Der Frühling hat seinen Glanz selbst in die dunkelsten Gassen der Großstadt gegossen. Er, der sonst die Freude in seinem Gefolge hatte, scheint diesmal müde und verzagt durch die Tage. Wie ein schwerer Druck lastet es auf aller Welt. Der Krieg ist zu Ende gegangen. Nun sollte der Frieden kommen. Wohl ein schwerer und harter Friede! Das müßten wir. Aber sein Atemhauch, sein lebentönder. Große Hoffnungen hatte sich wohl keiner gemacht. Aber irgend ein Funken glimmte doch noch heimlich in den meisten Herzen. Einer neuen Zeitalters sollte es ja entgegengehen: der Völkerverständigung, der Weltgerechtigkeit, dem Bunde der Nationen.

Nun aber wollen Worte geschlagen, was Waffen nicht zu vernichten vermögen. Das Ansehen will Wahrheit werden, die nächste Willkür rüstet sich zum Gang in die Wirklichkeit. Wie ein Verhängnis schwebt es über der Heimat. Das hat die Raden der Menschen, die sich in früher Hoffnungsstunde schon wieder straffen wollten, von neuem gezeugt. Die veräuterten Wege, die man mit unendlicher Mühe freizulegen begann, sind ja wiederum ungangbar geworden. Die Blüten, die dieser Friedenslang wachstüßigen sollte, sind erfroren. Ein Abgrund hat sich geöffnet. Wird er uns wirklich verschlingen? Oder wird sich doch noch eine Brücke schlagen lassen, auf der wir über seine räumende Tiefe hinweg in das Land der Zukunft hineinschreiten dürfen?

Wie all schauen die Gefährter der Menschen aus, denen man in diesen erwartungslosen Tagen begegnet! Sind ihre Schritte nicht schwerer, ihre Worte nicht müder geworden? Bergehens sucht du nach einem Lachen. Selbst den jungen Augen scheint aller Glanz genommen zu sein. Nur selten fällt ein Wort über das

Uffahbare. Und doch juckt es im alle Lippen! Selten sind Tage von burchtbarer Ernst über die Erde geschritten. Selten haben Stunden Menschenmengen mehr in Spannung gesetzt! Durch die Minuten der Zeit rollt das Unwiderstehliche. Menschen schmeiden für Menschen das Schicksal. Schicksal haben den Willen in die Zukunft verhängt. Und wenn der Lenkwind durch die Massen strömt, dann ist es wie ein Stöhnen. Und doch heißt es ausbarren und dem Schicksal ins Auge schauen! So schreien wir durch die Tage. Ungewißheit flackert uns zu Häupten mit dunkeln Schwingen. Bangen würgt uns die Kehle. Noch will der glühende Funken der Hoffnung nicht ganz verlöschen. Und uns zur Seite wandert die Erwartung.

Protest gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise.

Die sozialistische Arbeiterpartei aller Betriebe der Hochofenwerk Lübeck L. G. erhebt hiermit klammernden Protest gegen die in den letzten Wochen wieder erfolgte große Erhöhung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel. Sie wurde hierdurch gezwungen, um überhaupt mit der Familie existenzfähig zu bleiben, trotz des bis Ende Juni 1918 noch laufenden Lohnvertrages schon heute wieder bei der Direktion des Werkes um Gewährung einer Teuerungszulage von 2 Mt. pro Kopf und Sicht vorstellig zu werden. Die Arbeiterpartei erklärt in allen diesen Umständen Tatsachen, die unbedeutend in nicht zu fernem Zeit vom völligen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens und somit auch der gesamten deutschen Industrie führen müssen, wodurch der Arbeiterpartei auch der Ruin und deren Untergang gewiss und unaufhaltsam sein wird. Die Arbeiterpartei des Hochofenwerkes erhebt den hohen Ernst hiermit, endlich einmal den jetzt in größter Bitterkeit stehenden Arbeiter und Soldaten mit den allerhöchsten Gegenmaßnahmen zu helfen, damit sämtliche noch vorhandenen und zur Produktion gelangenden Lebensmittel preislos reiflos erfasst und an die arbeitende Bevölkerung zu für sie erschwirglichen Preisen abgegeben werden können. Wir sind der unumkehrlichen Auffassung, daß durch sofortige Beschlagnahme noch sehr große Lebensmittelmengen und Gegenstände für den notwendigen täglichen Bedarf, wie Kleidung und Schuhe, aufgebracht und zur Verteilung gelangen können. Wir fordern vom Hohen Senat, daß endlich einmal mit dem Willen der Arbeiterpartei Lebensmittel und Bedarfsartikel besonnen wird, andererseits auch über Lübeck hinaus schließlich einmal eine Katastrophe hereinbrechen wird. Wir erwarten vom Hohen Senat Geduld und Erfüllung unserer gerechten Forderungen und sehen einer abschließenden Benachrichtigung über die seitens der Behörden unternommenen Schritte entgegen. — Die Resolution soll durch den Arbeiterausschuß persönlich dem Senat überreicht werden.

Lebensmittelartenhefte. Wir werden gehoben, darauf hinzuweisen, daß morgen die Lebensmittelartenhefte für die Bezirke 58 bis 65 in der Woche zur Ausgabe gelangen.

Stellung der Lebensmittelpreise. Der Reichsernährungsminister hat den Gemeinden durch ein besonderes Rundschreiben nahegelegt, die Preise für die Abgabe einzelner wichtiger Lebensmittel so zu stellen, daß die wohlhabendere Bevölkerung höherer, die ärmere Bevölkerung niedrigerer Preise zu zahlen hat. Den Gemeinden bleibt überlassen, die Stellung der Lebensmittel zu bestimmen, daß daraus ein Verlust nicht entsteht, da von Reichs wegen solche Verluste nicht übernommen werden können. Hoffentlich wird man in Lübeck sich mit dieser Frage bald beschäftigen, damit auch hier die Stellung durchgeföhrt wird.

Übermäßige Erhöhung der Bierpreise. Das Reichsernährungsministerium hat mit Rücksicht auf die einseitige Steigerung der Herstellungskosten den Herstellungshöchstpreis für Bier einschließlich Steuer auf 22 Mt. für das Dekoliter erhöht. Für Herstellungskosten mit besonders hohen Herstellungskosten ist die Festsetzung höherer Preise im Ausnahmewege vorbehalten.

Im Jahresbericht des Lübecker gemeinnützigen Bauvereins wird erwähnt, daß der Verein trotz der erhöhten Baukosten seine Bautätigkeit, um an der Bekämpfung der Wohnungsnot mitzuwirken, fortsetzt. Die halberseitige Bebauung der zweiten Wohnstraße an der Luisenstraße ist beschlossen. Es handelt sich um die Herstellung von 24 Wohnungen. Die Finanzbehörde hat sich bereit erklärt, den Zuschuß zu den Baukosten auf 60 Prozent zu erhöhen unter der Bedingung, daß die Wohnungen noch in diesem Jahre fertiggestellt werden. Die an der Luisenstraße neu erbauten Häuser wurden trotz vieler Schwierigkeiten so rechtzeitig fertig, daß sie am 1. April dieses Jahres bezogen werden konnten. Die Landesversicherungsanstalt hat ein Darlehen von 140 000 Mark zu 2 1/2 Prozent gewährt, unter der Bedingung, daß linderliche Familien bei der Vermietung bevorzugt werden. Die jährlichen Mietpreise für die neuen Wohnungen wurden auf 350 Mt. für Dreizimmer-Wohnungen und 280 Mt. für Zweizimmer-Wohnungen festgesetzt. Der Verein besitzt 66 Häuser, enthaltend 251 Wohnungen. Bei Beginn des neuen Geschäftsjahres waren vorhanden: 446 Genossen mit 885 Anteilen und 199 077,53 Mark Guthaben. Im kommenden Jahre tritt die Verzinsung der neuen Hypothekendarlehen hinzu. Die verrenteten Aktien reichen zur Deckung der Ausgaben nicht, ohgleich ein staatlicher Zuschuß von 50 Prozent der Baukosten gegeben wurde. Das Warmbrausebad in der Ludwigsstraße benutzten 5885 männliche und 281 weibliche Personen. Zur Verteilung gelangte eine Dividende von 3 Prozent. — Am Sonnabend hielt der Verein im Saale der Schiffsgesellschaft seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Charles Coleman, konnte eine erfreuliche Zunahme von Mitgliedern und Betriebskapital verzeichnen, wobei er auch erwähnte, daß keinerlei Verluste zu buchen seien. Die Mietpreiserhöhung wurde mit den erhöhten Reparaturkosten und der Erhöhung der öffentlichen Kosten begründet. Sie fand auch keinen Widerspruch, nur wünschten einige Mitglieder eine etwas höflichere Begründung. Das Brausebad erfordert ganz bedeutenden Zuschuß. Der Staat soll um weiteren Beitrag angegangen werden. Um die Verzinsung nicht gar zu sehr herabfallen zu lassen, wird ein Betrag aus dem Erneuerungsfonds genommen. Er ermöglicht dann einen Zinssatz von 3 Prozent. Der Beitrag mit der Finanzbehörde für den neuen Häuserblock wurde gutgeheißen, nur von einem Mitgliede wurde die Höhe des Bodenpreises moniert. In den Vorstand wurden neu resp. wiedergewählt Rechtsanwalt Scharrer, Richter und Käpfer, in den Aufsichtsrat Direktor Oberländer, Weisger, Scheithar und Otto Unger. Die Mieter in den neuen Wohnungen an der Luisenstraße wünschen Kochgasanlage, für deren Verteilung eingetretene werden soll, da, wie Käpfer mitteilte, nach den Bestimmungen des Reichskommissars neu errichtete Wohnungen ebenso zu behandeln sind wie alte. Einige weitere Wünsche der Mieter sollen erfüllt werden.

Auszahlung der Militärrenten. Wegen des auf den 29. ds. Mts. fallenden Himmelfahrtstages werden die Militärrenten der Hinterbliebenen und Versorgungsberechtigten statt am 29., schon am 28. d. Mts. zur Auszahlung gelangen.

Einmalige Zuwendung für Kriegsschädigte. Den vor dem 9. November 1918 entlassenen Kriegsschädigten wird eine einmalige Zuwendung von 50 Mark bewilligt. Die Auszahlung erfolgt auf Antrag durch die Bezirkskommandos. „Kriegsschädigte“ sind hier Personen vom Feldweibel abwärts, denen auf Grund einer Gesundheitsstörung während des Krieges (ohne Rücksicht, ob Dienst- oder Kriegsdienstbeschädigung anerkannt ist) Versorgungsberechtigthe bewilligt worden sind.

Zu dem Automobilunfall, bei dem Herr Generalkonsul Gohmann den Tod fand und Herr Ed. Cabow schwer verunglückte, ist nach zu berichten, daß eine Frau kurz vor dem Auto die Chaussee zu überschreiten versuchte; dabei wurde sie überfahren und getötet. Durch das scharfe Bremsen hat sich das Auto überschlagen und die drei Insassen wurden hinausgeschleudert. Herr Gohmann schlug gegen einen Baum und fand dadurch den Tod. Herr Cabow erlitt einen Beckenbruch. Der Wagenführer wurde nur leicht verletzt.

In die Welt gefallen ist am Sonntag vormittag ein Mädchen von etwa 9 Jahren. Das Kind spielte an der Wakenitz beim

Kalkendamm in der Nähe der Steinhauerei von Wietner u. Bruhn. Infolge Unachtsamkeit fiel es plötzlich von der Böschungsmauer aus rüber ins Wasser. Zum Glück waren sofort Helfenden zur Stelle, die das Kind heraufzogen, so daß es mit dem nassen Schreden davonkam.

Sammler Papier. Die Kriegsbroschürensammlung wird veranlaßt, die Bevölkerung zu bitten, ihr alles im Haushalt überflüssig werdende Papier zuzuwenden. Sie veranlaßt in der Zeit vom 25. Mai bis 8. Juni eine besondere Papierabgabe. Für ein Pfund glattes Papier werden 5 Gutscheine, für ein Pfund Knüllpapier 2 Gutscheine gewährt. Gutscheine Knaben und Mädchen können am Schießstand und Schießrad außerdem kleine Gewinne erhalten. Max mindestens 40 Pfund glattes Papier abliefern, erhält neben den Gutscheinen ein Pfund Marmelade oder ein Pfund Honig. Der Wirtschaftsausschuß der Kriegsbroschürensammlung hofft, daß ihm die Jugend Lübecks auch diesmal behilflich sein wird.

Strakerraub. Ermittelt und festgenommen wurde ein 17-jähriger Arbeiter, der am 29. ds. Mts. am hellen Nachmittage einer durch die Marienstraße gehenden Dame die Handtasche entriß und damit die Flucht ergriff. Er konnte aber sofort verfaßt und ergriffen werden. Die Handtasche mit ihrem Inhalt konnte der Restituten zurückgegeben werden.

Wegen Fahrverbotssachen zur Anzeige gebracht wurde ein 17-jähriger in der Fleißhauerstraße wohnhafter Kutscher. Der ungeduldsich Dieb hatte Anfang April ds. Ja. ein Fahrrad gestohlen und dieses an einen im Range Lohberg wohnenden Fahrradhändler für 50 Mt. verkauft. Nachdem letzterer das Fahrrad instand gesetzt hatte, wurde es von diesem wieder mit Verbot verkauft. Das Fahrrad ging nun von Hand zu Hand, bis es schließlich dem Bestohlenen wieder vor Augen kam, der es bei dem jetzigen Besitzer, der es von seinem Vorgänger für 250 Mt. erworben hatte, sicherstellen ließ.

Wäschekradstahl. Gestohlen sind in letzter Nacht aus eines hiesigen Wäschekrad 27 Kettlacher, 23 Bettbezüge, 6 Kissen und eine Bettdecke (Sprecher).

Ermittelt und festgenommen wurde der Schlosser Willy Friedr. Knoch, geb. am 18. 3. 1899 in Kiel-Gaarden, der in der Uniform eines Kaiserleutnants am Morgen des 25. ds. Mts. in der Schmarzauer Allee eingebrochen war und dort ein Fahrrad gestohlen hatte. Der Diebstahl war aber sofort bemerkt worden und von einem in der Nähe auf Posten befindlichen Säugmann und einigen Zivilpersonen konnte die Verfolgung des Täters, der die Flucht ergriffen hatte und während dieser Verfolger mit einem scharf geladenen Revolver bedrohte, aufgenommen werden. Bei der Vernehmung des Knoch, der sich fortgesetzt in Widerspruch verweigerte, wurde festgestellt, daß er im November 1918 nach einem verurteilten Diebstahl in Neuminster, bei dem ihm eine molle Decke in die Hände gefallen war, in Unterwerfungshaft genommen worden war. Gelegentlich einer Vorführung zu einem Arzte ist er seinem Transporteur entwichen. Seit jener Zeit hat er sich zunächst als Pilsenermodal und Kriegsinvalide in Kiel, Elmshagen, Neuminster, Breda, Segeberg, Hamburg, Berlin und auch vorübergehend in Lübeck aufgehalten, wo er mehrfach Einbruchsdiebstähle ausführte und die ihm in die Hände gefallenen Gegenstände zu Geld machte. Vor etwa drei Wochen besorgte er sich in Hamburg Offiziersschleife und verschiedene Orden und trat von der Zeit an als Fliegerleutnant auf. Als solcher machte er die Bekanntschaft eines jungen Mädchens aus besserer Familie, mit der er sich verliebte und der er in wenigen Tagen 1000 Mark abzuliefern mußte. Knoch, der im Besitz von diesen falschen Papieren, einer Maske und einer Menge auf seine ausgearbeitete Einbruchswerkzeuge war, gab an, daß er am 24. ds. Mts. von Hamburg nach hier gekommen sei, um hier erneut Einbruchsdiebstähle auszuführen.

Travemünde. Um ein Sanatorium bereichert wurde unser Kur- und Badeort. Auf dem höchsten Punkte, dem sogenannten Dachberg, hat der langjährige Assistent an der Kaiser Universität, Dr. med. Rehdor, eine vorläufig noch etwas beschränkte, moderne Heilanstalt errichtet, in der Reichstranke, Rekonvaleszenten und Schwächliche spezialärztliche Behandlung erfahren. Sie wurde am Sonntag eingeweiht und zu dieser Feier war der ärztliche Verein Lübeck, ein Senatsvertreter und die Presse eingeladen. Es wurden die üblichen Reden gehalten, des allmächtigen Aufschwungs Travemündes gedacht und der Leiter der Anstalt selbst hielt zwei wissenschaftliche Vorträge über Nervenkrankheiten bei Gelenkbehandlung und Serumheilerfolge beim Scharlach. Dann erfolgte die Beistätigung der Anstalt, die mit den modernsten Hilfsmitteln ausgestattet ist. Leider sind die Preise der Behandlung und der jeweils außerordentlich das Haus zu bezahlenden Pension derart, daß sie für minderbemittelte Kreise nicht in Frage kommen kann.

Hamburg. Ein Kind tödlich verbrüht. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich im Hause Hammortstraße 82 zugetragen. Dort lebte die Ehefrau Rulch Milch, die in einem Kochtopf auf dem Küchenherd stand. Als es an der Wohnungstür klingelte, ließ Frau R. ihr 15 Monate altes Söhnchen nur einen Augenblick unbeaufsichtigt. In dieser kurzen Zeit ritz das Kind den Topf mit der kochenden heißen Milch und Herd. Die heiße Flüssigkeit ergoß sich über das kleine Wesen und führte diesem schweren Brandwunden zu, die den Tod herbeiführten.

Neukirch. Jahresertragnisse bis 1500 Mark steuerfrei. Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Eier. Im Landtag gab Staatsminister Klüger die Erklärung ab, die Regierung sei bereit, die Einkommen bis zu 1500 Mt. Jahresertragnisse steuerfrei zu lassen. Ferner erklärte er, daß die Zwangswirtschaft für Eier wieder eingeführt werden solle, auch dem Landtag nach Pfingsten eine Vorlage betreffend Zulage für Altpensionäre zugehen werde.

Gärtnerei. 15 000 Mark für einen Schaß ab 4 wurden am Freitag auf einer in Gärtnerei abgehaltenenuktion von Male-Höden der Stammzucht Broof gezahlt. Noch zwei weitere Böcke gingen zu einem Preis von über 10 000 Mt. weg. Es fehlt einem der Ausdrück, um solche Phantasterei richtig zu kennzeichnen. — Auch aus anderen Gegenden Mecklenburgs werden ähnliche Riesenlammern gemeldet. So verkaufte die Stammzucht Mecklenburg einen Bock für 14 850 Mt., drei weitere für 12 000, 11 600 und 10 100 Mt. In Wädorf bei Schwiebus brachte der teuerste Bock sogar 16 100 Mt.

Aus Nah und Fern.

Vom eigenen Chemann erzählen. In ihrer Wohnung in Leipzig-Gohlis wurde die Ehefrau des Drehers Halle tot und stark verfaßt aufgefunden. Der Chemann wurde festgenommen und hat eingestanden, daß er seiner Frau nach einem Streite mit einem Beile das Schädelknochen zertrümmert, und dann die in der Nacht Gestorbene vor den Fen geschleift, mit Petroleum begossen und angezündet hat um sie einen Unfall vorzutäuschen und den Verdacht der Ehefrau von sich abzuwälzen.

Wütende Demonstrationen in Kalisch. Die polnischen Blätter melden aus Kalisch, daß es dort zu blutigen Demonstrationen der Arbeiterpartei kam. Die Polizei gab eine Salve ab. Einige Personen wurden schwer verletzt. Als die Polizei in die Kalerna zurückkehrte, führten die Demonstranten das Gebäude, worauf Militär ausgesandt wurde, das ebenfalls eine Salve abgab. Viele Personen wurden schwer, einige leicht verwundet.

Ein Munitionsdepot in Kistki explodiert. Am Sonntag morgen ist ein Munitionsdepot mit fürchterlichem Getöse explodiert. Zwei Soldaten sind verwundet. Es besteht jedoch keine weitere Gefahr.

Selbstmord eines Offiziers. Der frühere Hauptmann Rasch in Kolonia, der von der amerikanischen Besatzungsbehörde verhaftet und unter Anklage gestellt war, französisches Eigentum im Besitz zu haben, hat sich im Gefängnis in Rappard das Leben genommen. Rasch sollte nach Frankreich ausgeliefert werden und

sich dort vor einem bürgerlichen Gericht verantworten. Unter den bei ihm vorgefundenen Gegenständen befand sich hauptsächlich ein Posten aus 2000 japanische Wäsche.

Demonstrationen gegen den Lebensmittelwucher in Prag. Sonnabend fanden erste Demonstrationen gegen den Wucher mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln statt. In den Morgenstunden zogen sich vor den großen Geschäften große Menschenmengen an und erzwangen den Ausverkauf der Waren zu den niedrigsten Preisen. Geschlossene Geschäfte wurden erbrochen. Nachmittags rüßte das Militär aus, um die noch vorhandenen Waren zu retten. Die organisierte Arbeiterpartei erklärte, mit diesen Gewalttätigkeiten nichts zu tun zu haben. Gemischte Kommissionen werden alle Waren sicherstellen und zu amtlich festgesetzten Preisen verkaufen lassen.

Vulkane in Tätigkeit. Der Ausbruch des Stromboli dauert an. Die Lavamasse erreichte an vielen Stellen das Meer. Als das Niederländische Konsulatsbüro amtlich mitteilt, hat Nachrichten, die aus Hollandisch-Indien eingetroffen sind, zufolge, am 20. Mai ein Ausbruch des Vulkans Keloh im Bezirk Sintang stattgefunden. 20 Dörfer sind vollständig und 8 Dörfer zum Teil vom Erdboden verschwunden. Im Bezirk Ular sind 11 Dörfer teilweise zerstört. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf 16 000 geschätzt. Zahlreiche Personen sind geflüchtet. In Ular sind bisher 157 Leichen gefunden worden.

Folgen schwerer Explosion. In einer Stärkefabrik in Cedar Rapids im Staats Iowa erfolgte eine Explosion, durch die 25 Personen getötet, über 100 verletzt und ein Schaden von 3 Millionen Dollar angerichtet wurde.

Neueste Nachrichten.

Unverantwortliche Agitatoren.

Paris, 26. Mai. (Tel.-Union.) Die Bewegung zur Errichtung einer rheinischen Republik nimmt an allen Ecken eine ungeheure Schärfe an. In zahlreichen größeren rheinischen Städten wurden Ausschüsse gebildet, die namentlich zur tätigen Arbeit übergehen. Das Rheinland verlangt wichtige Zugeständnisse für sich, um seine wirtschaftliche Zukunft sicherzustellen und Einfluß auf die Gestaltung der rheinischen Beziehungen zum Ausland zu gewinnen. Die deutsche Regierungsmitteln wurden von dem Vorstoß unterrichtet, auch wurde ihnen Mitteilung von den Beschwerden, die einzelne rheinische Parlamentarier mit dem französischen General in Mainz hatten, gemacht. Dergleichen wurde der Friedensdelegation in Versailles eingehend Bericht über die Verhandlungen in Mainz erstattet. — (Hinter der ganzen Freiheit stehen die alldeutschen und kriegsherrlichen Schwerkriegsindustriellen, die Deutschland um jeden Preis verraten, wenn ihnen nur ihr Geldjad gerettet wird. Das sind dieselben „Parasiten“, die vorher die Welt aufreissen wollten, wie wir im Artikel zum Friedensvertrag heute wieder beweisen. Red.)

Sozialisierungsfragen in Sachsen.

Dresden, 26. Mai. Die Volkskammer befaßte sich mit Maßnahmen gegen den Bodenwucher. Der vom Genossen Schomborke vorgelegte sozialdemokratische Antrag, vom Reich die baldige Schaffung eines Gesetzes zu verlangen, wodurch schon jetzt, vor der Sozialisierung des Grund und Bodens, der privaten Spekulation und dem Wucher mit jedem Baue und unbebautem Grund und Boden ein Ende gemacht wird, wurde einstimmig angenommen. Die Reichsregierung hat zugestimmt, dem Antrag zu entsprechen.

Der Rückkauf der Saargruben.

Verailles, 26. Mai. Sonnabend mittag ist die Antwort der Entente auf die beiden deutschen Noten über das Saargebiet eingetroffen. Auch den Angaben der französischen Zeitungen sind sämtliche Bestimmungen über die Saarfragen unverändert geblieben, bis auf die Bestimmungen über das Rückkaufrecht. Der Rückkauf der Kohlengruben im Saargebiet nach 15 Jahren nach dem Ende der Weltkriege, sondern kann durch eine Hypothek auf andere deutsche Güter durchgeführt werden.

Erneute Forderung auf neutrale Untersuchung.

Verailles, 26. Mai. Am Sonntag vormittag hat die deutsche Delegation der Entente eine weitere Note zu stellen lassen, die eine Kopie auf die Note Clemenceaus über die Schuld- und Entschädigungsfrage darstellt. Die neue deutsche Note wiederholt ausführlich die falsche Bezugnahme auf die Note Bauhaus vom 15. November 1918 und die Sinnverwechslung des dort verwendeten Wortes „Aggression“. Die deutsche Note gibt in sehr weitem Umfange Deutschlands Erschließung an Belgien und Nordfrankreich zu, stellt aber die gleichen Erschließungsrechte Deutschlands für den Schaden der Hunger-Blockade fest und befreit noch einmal die alleinige Kriegsschuld energisch, indem sie abermals die Untersuchung durch ein internationales Kriegsgericht fordert. Die Bedeutung der Note liegt darin, daß sie die Schuldfrage, die sich immer mehr als den Angelpunkt der ganzen gegnerischen Beweisführung herausstellt, zur endgültigen Erörterung stellt.

Forderung der ukrainischen Friedensdelegation.

Rotterdam, 26. Mai. Nach der Pariser Ausgabe des Newyorker Herald drohen die ukrainischen Delegierten, Paris zu verlassen, wenn die Konferenz die Polen nicht zwingt, ihre Offensive in Ostgalizien einzustellen.

Die Auktion bleibt bestehen.

Rotterdam, 26. Mai. „Daily Mail“ meldet aus Paris: Auf den deutschen Protest gegen die Abtretung deutscher Gebiete ist eine ablehnende Antwort der Alliierten eingegangen. Die amerikanischen Delegierten wurden in jeder Frage überstimmt.

Der „Times“ schreibt: Falls die jetzige deutsche Regierung den Friedensvertrag mit den Alliierten nicht unterzeichnen wolle, hat die Alliierten bereit, jede deutsche Regierung anzuerkennen, die sich zum Unterschreiben bereit erklärt.

Generalkonferenz für den Frieden.

Lugano, 26. Mai. In einer großen sozialistischen Kundgebung in Mailand verkündete Turati einen selbständigen Generalstreik der Sozialisten aller Länder als Protest gegen den von der Entente Deutschland angedrohten Gewaltfrieden.

Vom Ozeanflug.

Dardan, 26. Mai. Reuter meldet: Die Signalstation Sult of Lewis telegraphierte heute früh, daß der ostwärts fahrende dänische Dampfer „Mary“ das Flugzeug Hawker verloren hat.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.
Verleger: Dr. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Sehr preiswert!

Handschuhe

Halb-Handschuhe porös, schwarz, weiß und farbig 75s
 Damen-Handschuhe porös, schwarz und weiß 2.75
 Damen-Handschuhe Kunstseide 2.75
 Elegante Handschuhe feinfarbig, Leinen-Nachahm. 6.50

Herrn-Artikel

Westengürtel in Rips und Satin 4.25 2.50
 Sportkragen weiß bzw. farbig 4.75 2.75
 Vorhemden weich weiß bzw. farbig 4.75 2.75
 Hosenträger starke Fabrikate 2.75 1.50 95s

Herrn-Strohhüte Matelot u. Knifform 7.75 5.25 3.75
 Sportmützen besonders leicht 6.75 4.75
 Knaben-Sportmützen meliert 6.50 2.75
 Herren-Netzjacken Mako 2.75 2.25

Strümpfe

Damenstrümpfe durchbrochen, schwarz 11.50
 Damenstrümpfe feines Baumwollgewebe 14.75
 Eleg. Damenstrümpfe Ia, Kunstseide 18.50
 Damen-Fußlinge Baumwolle, fein gewebt 2.25

Seidene Haarbänder

in vielen Farben, abgepaßt
 Stück 1.25 85s 50s

Moderne Krawatten

Selbstbinder und fertige Formen in schöner Auswahl
 7.75 6.75 4.75 2.75 1.25

Stickerel - Taschentücher

sehr preiswert
 1.75 u. 1.35

Beachten Sie unsere Schaufenster, sie bieten Ihnen Vorteile.

HOLSTENHAUS G. M. B. H. LÜBECK

Geschäfts-Eröffnung.

Bringe hiermit zur Kenntnis, daß ich ein

Kolonialwaren-Geschäft mit Brot- und Fleischhandlung

eröffne. Es wird stets mein Bestreben sein, für prompte und reelle Bedienung Sorge zu tragen. — Ich bitte, mein junges Unternehmen gut unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Ritter, Kücknitz.

Bitte gleichzeitig um Enttragung in die Kundenliste.

Uhren-Reparaturen.

Billige Preise. (2617)

Große Auswahl in Wand-, Tisch-, West- und Taschenuhren.

Hermann Voß, Uhrmacher, Breite Straße 54 u. Huxstraße 71.

Hausstandslampen, Pfund 12 Pfg. aufwärts, Stutz-

Pferdehaare, Pfund 10 Pfg. aufwärts, Eisen, Metall, Papier, Zeitung, Knochen, Kälb-, Mähnen- u. Schweinehaare taucht zu höchsten Tagespreisen. (2618)

Tel. 2302. Waisenstraße 25.

Nähmaschinen

aller Systeme, sowie Fahrräder repariert schnell u. s. solid. Preis.

F. Langer, Krämerstr. 27. (2619) Telefon 2333.

Schlafkissen-Einrichtung

mit 1/2 Marmor u. Stiegeln, ungebraucht u. 1 Kissenbuffet, preiswert. (2618) Waisenstr. 69.

Hillgers Handbuch

der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919

enthält Lebenslauf und Bilder der Mitglieder d. Nationalversammlung. 2.50 Mk.

Buchhdl. Fr. Meyer u. Co. Johannisstraße 46.

Jedes Ungezieher

dringt unter Garantie Wih. Klüssendorf, beid. Kammerjäger und öffentl. Sachverständ., St. Burgstr. 18a, Tel. 1509. Spezialist für Wanzenvertilgung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlfelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung.

am Dienstag, dem 27. Mai abends 7 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Stand der Zentralen-Verhandlungen.

2. Unsere Arbeit nach dem 1. Mai und Wahl der Mitglieder des Nachwahlsbüros.

3. Berichterstattung.

4. Beschlüsse.

(2617) Die Ortsverwaltung.

Große Versteigerung über eiserne Gartenmöbel und sonstiges Wirtschaftsinventar.

Freitag, den 30. d. Mts., vormittags 9 1/2 Uhr beginnend, verkaufe ich in dem gut bekannten großen Konzerthaus Lübeck (vormals Dausbahn) in der Fachsenburger Allee 40/42, der alten Kaserne gegenüber und etwa 7 Minuten vom Bahnhof, das gesamte lose und feststehende Garteninventar und anderes, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

A. Auf Abbruch folgendes:

- 1 große hohe Muschelform-Musikhalle mit 2 Treppenaufgängen und Seitentürmchen;
- 1 offene Gitter-Veranda mit hölzerner Rückwand, etwa 2:17 Meter lang und anschließenden gemauerten Wirtschaftsräumen für Auskucht;
- 1 alte offene Veranda, etwa 10 Meter lang;
- 1 hölzerner, etwa 18 Meter langer verschließbarer Holzschuppen;
- 1 kleines Kassenhäuschen, auch für Garten passend;
- 1 aus Fachwerkbau bestehende Regelhahn mit Zubehör; etwa 25 hohe eiserne Randleiter für Garten- und Straßenbeleuchtung mit Zubehörsätzen für Gas, 1-, 4- und 5flammig.

B. Bewegliches Inventar für Gärten:

- 1 großes Leinwandzelt, zum Wärentinderefest benutzt;
- 700 eiserne Klapp-Gartenstühle;
- 72 eiserne Gartentische, 60 feste und 12 zum Klappen;
- 50 eiserne Gartenbänke, bessere mit Seitenstützen und Rückenlehnen;
- 8 hölzerne Tische und 24 hölzerne Stühle mit Stühlen;
- 20 große Holzplatten, Größe 105:220, für Baumdecke;
- 10 sehr hohe und breite Türen für Glas, für Veranden und Seitenwände;
- 3 sehr große freistehende schwere Postamente mit je einer großen Figur und einer Wase;
- ferner 1 gutes Billard mit Zubehörsätzen, 1 große automatische Personenwaage (10-Pfg.-Einwurf), je 15 Duz. Gabeln und Löffeln und anderes mehr.

Die Besichtigung ist nur am Himmelfahrtstage und vor der Auktion gestattet.

Kaufaufträge und Anfragen an den Unterzeichneten.

Die auf Abbruch zu verkaufenden Musikpavillon Veranden, Schuppen, Kassenhaus, hohen Gaslammen usw. eignen sich für viele Zwecke der verschiedenen Pensionen, Gartenwirtschaften in Stadt und Land und Badeorten sowie auch für landwirtschaftliche und andere größere Betriebe und Gärten.

Der Abbruch und die Abfuhr sind bei dem großen Platz und direkter Einfahrt an der Klappenstraße äußerst einfach und bequem.

Heinrich F. W. Koch.

Vom Stadt- und Landamt bzw. Polizeiamt über 30 Jahre angestellter und beedigter Sachverständiger und Versteigerer.

Geschäftshaus: Marlesgrube 9/11, Fernspr. 1050.

Kriehaus: Kirchenstraße 3a, Fernspr. 1350.



Gute Nahrung

braucht das Leder, sonst bricht es frühzeitig. Verwenden Sie nur Delwache-Lederzeug.

Nigrin

Schutzmarke und Ihre Schuhe bleiben gut. (2613)

Universal - Waschpaste

genehmigt vom R. A. Ztr. Nr. 50. — Seife, sehr glänzend, Lederfett, Schuhcreme, Carbolinum in hervorragenden Qualitäten prompt lieferbar. Zustige Vertreter gesucht. (2615) C. Hanschild, Altona 69.

Freiwilliger Grenzschutz „Schleswig-Holstein“ Reichswehr-Bataillon.

Abzeichen: Silbernes Eichenlaub mit schlesm.-holst. Wappen benötigt: 2688

1. ältere Unteroffiziere als Grenzschutzunteroffiziere;
2. Unteroffiziere für M.-G.-Kompagnie;
3. Unteroffiziere für M.-W.-Kompagnie.

Gebühren: Mobile Gebühren, Mk. 5.— Tageszulage, freie Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung und Ausrüstung.

Meldung: Werbezentrale Lübeck, Marli-Kaserne, Stabsgebäude.

Militärpapiere und polizeiliche Führungszeugnisse sind mitzubringen

Konzerthaus Fünfhausen

Dienstag, den 27. Mai:

Vornehme Ballmusik. Anfang 6 Uhr.

(2614) Reden Sonntag: Tanztrübschen. A. W. Neumann.

Adlershorst.

Morgen Dienstag, den 27. Mai:

Groß-Kompagnieball

der 2. Kompanie der 162er. Anfang 6 Uhr. 2654

Arbeiter-Bildungsverein.

Montag, den 2. Juni:

Kammermusik - Abend

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Mitwirkende: Erika Besserer (Geige), Alfred Tibursky (Flöte) aus Lübeck; Bertha Dehn (Bratsche), Dora Giesenregen (Harle) und Paul Moth (Cello) aus Hamburg. 2642

Saalführung 7 Uhr. Beginn 7 1/2 Uhr. Preis der Karte 1.00 Mk. (einschl. Programm). Kinder haben keinen Zutritt. Der Vorstand.

Neu! Neu! Neu!

Volks-Kino

Bürgerverein, Königstraße 25

Ab Sonntagabend, dem 24. Mai, Anfang 4 Uhr nachm. (Nur erste Aufführung täglich Anfang 4 Uhr):

Die sprechende Hand!

Erkauft aus dem Leben. Filmschauspiel in 4 Akten. In der Hauptrolle: Esther Carena.

Zigeuner-Liebe.

Spannendes Drama der Liebe in 3 Akten.

Teddys Traumfahrt.

Eine phantastische Komödie in 3 Akten. In der Hauptrolle der allbekannte Paul Heidemann

Verband der Bureauangestellten Deutschl. Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung.

am Dienstag, dem 27. Mai, abends 8 Uhr,

in der Aula des Johannens.

Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist vollständiges Erscheinen der Mitglieder unbedingt erforderlich. (2621) Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeit.-Verb. Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

der Roll- und Blockwagenkutscher

am Dienstag, dem 27. Mai abends 7 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“ Tagesordnung:

1. Bericht der Lohnkommission.
2. Stellungnahme zu unserm Lohnsatz.

(2655) Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund. Ortsgruppe Schlutup.

Einladung zum Ball

am Himmelfahrtstage, 29. Mai im Lokale der Frau Vetter.

Anfang 5 Uhr. (2645) Umliegende Vereine sind hiermit eingeladen. Das Fest-Komitee.

HANSA THEATER

Montag: Die Schiffbrüchigen

Dienstag, abends 7.15 Uhr:

Gastspiel Oscar Erasmii, Dr. Edmund Krug,

das große Kriminalstück

Wenn die



Maske fällt!

Mittwoch: (2644) Die Schiffbrüchigen.

Zentralverein der Sozialdemokrat. Partei der Provinz Lübed.

Die diesjährige ordentliche Generalversammlung findet am Sonntag, dem 1. Juni 1919, präzis 10 Uhr vormittags in Scharbentz im Lokale des Herrn Schmidt statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Zentralvorstandes und der Kontrollkommission.
2. Stellungnahme zum deutschen und Bezirksparteitag und Beratung von Anträgen.
3. Bestimmung der Orte, die Delegierte zum Bezirksparteitag zu entsenden haben.
4. Die Landesauswahlgewahlen für die Provinz Lübeck.
5. Abtrennung der Provinz Lübeck von dem Freistaat Oldenburg.
6. Stellungnahme zu einer Gemeindevertreterkonferenz.
7. Wahlen.
8. Verschiedenes.

Die Wahl der Delegierten hat nach § 12 des Zentralstatuts stattzufinden. Von der erfolgten Wahl ist dem Unterzeichneten bis zum 24. Mai Mitteilung zu machen.

Stockelsdorf, den 10. Mai 1919.

Der Zentralvorstand.
S. A.: Heim. Fick.

Zwangs- oder freie Wirtschaft.

Der Ausschuss der Nationalversammlung für Volkswirtschaft behandelte in den letzten Tagen eingehend die Frage der Lederverwirtschaftung. Während der Berichterstatter Abg. Bergmann (Z.) eine Eingabe von Lederindustriellen betr. freie Einfuhr von rohen Häuten, Fellen und Gerbstoffen zur Berücksichtigung empfahl, stellte sich der Mitberichterstatter Abg. Wolfenbühl (Soz.) auf den entgegengelegten Standpunkt. Reichswirtschaftsminister Wisjell betonte, daß die Petition die grundsätzliche Frage anstößt: Förderung des Gemeinwohls oder Förderung von Einzelinteressen. Bei der Wirtschaftslage sei es nicht möglich, die Außenhandelsbeziehungen auf einem so wichtigen Gebiete dem freien Ermessen der Interessenten zu überlassen. Freies Schalten und Walten würde zwar einigen kapitalkräftigen Firmen Nutzen bringen, aber die Mehrzahl der mittleren und kleineren Unternehmer zugrunde richten. Auch die Verbraucher würden empfindlich geschädigt werden. Wenn man sogar nicht davor zurückgeschreckt sei, ihm und seinen Mitarbeitern vorzuwerfen, daß sie wegen eigener persönlicher Vorteile die gebundene Wirtschaft behielten wollten, so prallten solche Angriffe an ihm ab. Er bedauere aber einen solchen Grad der Verletzung durch Leute, die ihre Privatinteressen selbst auf Kosten der wirtschaftlichen Ordnung durchsetzen wollten. Seit Beginn des Jahres seien Einjahrgenehmigungen für größere Mengen an Rohstoffen erteilt worden, als nach dem Urteil Sachverständiger zurzeit auf den maßgebenden Auslandsmärkten überhaupt greifbar seien. Zwischenzeitlich seien weitere Erleichterungen vorbereitet durch die Bildung einer Außenhandelsstelle für die Landwirtschaft. Auch in der Binnenwirtschaft sei die gebundene Lederverwirtschaftung unentbehrlich im Interesse der kleinen und mittleren Fabrikanten, der Arbeiter und der Verbraucher. Was von einer freien Wirtschaft zu erwarten sei, zeigte die Vorgänge nach Aufhebung der Beschlagnahme gewisser Arten von Kleintierfellen, Ankauf fast des gesamten Gefälles durch einen Großbetrieb und sprunghafte Ausschüßeln der Preise um Tausende Prozente. Das sei der Segen der Freiheit. Die Reichslederstelle

wirke dem Schleichhandel kräftig entgegen. Bei der Bekämpfung der Uebersetzungen hätten die Arbeiterräte mit anerkanntem Erfolge mitgewirkt. Wenn er auch eine gebundene Wirtschaft für notwendig halte, so wolle er damit nicht die bisherige Form der Zwangswirtschaft für Ebeder unbedingt billigen. Er werde mit aller Energie auf Verbesserungen hinarbeiten. Sache der beteiligten Kreise sei es, ihn dabei zu unterstützen. In der Debatte äußerten sich die Abgg. Klocke (Z.), Dr. Hugo (Deutsche Sp.) und Dr. Peterzen (Dem.) im Sinne der Eingabe, während die Abgg. Simon-Franke (U. Soz.) und Bahr (Dem.) die Beibehaltung der Zwangswirtschaft empfahlen. Nachdem am zweiten Tage der Debatte ein Zentrumsantrag eingegangen war, der im Sinne der Eingabe gehalten war, wurde auf Antrag des Abg. Hermann (Wittenberg) (Dem.) die Frage zunächst von der Tagesordnung abgelehnt, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme in dieser überaus wichtigen Angelegenheit zu geben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Spandauer Heereswerkstätten

Sind wieder eröffnet worden. Sie unterliegen der neu gegründeten Hauptverwaltung der Reichsbetriebe im Reichswehramt. Die Betriebe sollen vollkommen sozialisiert werden und selbständig nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit arbeiten. Die Arbeiter bekommen Einsicht in die Produktion, um nicht durch unnötige Lohnforderungen das Gedeihen der Werke in Frage zu stellen. Jeder Betrieb wählt einen Betriebsrat, der aus zwei Vertretern der Arbeitnehmer, einem Vertreter der Regierung und Angehörigen sowie einem Mitglied der Direktion besteht. Als Grundlage für die Einkommnung ist der in der Metallindustrie abgeschlossene Kollektivvertrag genommen worden. Der Betriebsrat wird zu den Sitzungen der Direktion herangezogen und ist damit in der Lage nachzuprüfen, ob die Forderungen der Arbeiter und Angestellten mit der Wirtschaftlichkeit des Betriebes in Einklang zu bringen sind. In den Betrieben wird lediglich Mffordarbeit geleistet. Die eintretenden Arbeiter haben sich verpflichtet, auch Heeresbedarf herzustellen.

Am Sonnabend fand im Lustgarten eine Versammlung der Spandauer Arbeiter statt. Sie wurde jedoch wegen des Belagerungszustandes verboten. Eine Anzahl Kriegesbeschädigter wollte nachher vor die Reichskanzlei ziehen, um ihre Forderungen auf Einstellung in Staatsbetrieben zu überreichen. Unter den Linden aufgestellte Regierungssoldaten verwehrten dem Zug den Weg und gaben einige Schreckschüsse ab, wobei zwei nervenrannte Kriegesbeschädigte vor Erregung zu Boden fielen. Es entstand eine ungeheure Erbitterung, und nur durch das Eingreifen besonnenen Führer konnten weitere Zwischenfälle vermieden werden.

Zur Reform des preussischen Kommunalwahlrechts.

Die Ausfüllung gewisser Lücken, die bei der durch Notgesetz erfolgten Neuordnung des preussischen Kommunalwahlrechts offen blieben, soll alsbald erfolgen. Zunächst beschloß die preussische Staatsregierung, der Landesversammlung vorzuschlagen, die Wählbarkeit der Frauen zu den Magistraten einzuführen und die Stadtverordnetenwahlen in den bisher davon ausgenommenen Gebieten zu ermöglichen, soweit die politischen Verhältnisse dies gestatten.

Die Putzhe in Thüringen.

Die unabhängige Presse jammert wieder einmal über die Vergewaltigung durch die „Kostegarde“. In Eisenach und Kuhlfa ist alles in schönster Ordnung. So wird von jener Seite berichtet. Wie war es aber in Wirklichkeit? In der vorletzten Woche wurde in beiden Orten ein Flugblatt verbreitet, das die Massen geradezu aufreizte. Man behauptete positiv, daß die Lebensmittel aus dem Auslande nur für die Sou-

ge stie abgegeben würden. Daß die Arbeiter nur deshalb zur Arbeit gezwungen würden, damit Lebensmittel für die Kostegarde eingekauft werden könnten. Wollt Ihr länger untätig diesem gemeingefährlichen Treiben gegenüberstehen? Nein! Auf zum Protest! So hieß es. Und man ging zu Taten über. Der Bürgermeister wurde geschlagen, der Bezirksdirektor wurde mißhandelt und belde Beamte wurden gezwungen, im Demonstrationszuge zu marschieren und eine rote Fahne zu tragen. Das Landgericht wurde gestürmt, die Gefangenen — Dieb und sonstige Verbrecher — befreit; Altan verbrannt, alles demoliert und klein geschlagen, gestohlen, was nicht trief- und nagelfest war. In einigen Dörfern erschienen Banden von 20 und mehr Mann, bewaffnet mit Gewehren und Handwaffen, zwangen die Bauern zu öffnen, bedrohten sie mit Totschüssen und raubten, was sie fortjähleppen konnten.

Selbst die unabhängige „Eisenacher Volkszeitung“ rühte von diesen Räuberbanden, wie sie in diesem Blatte bezeichnet wurden, ab. Die Unabhängigen und Kommunisten lehnten jede Verantwortung für diese Vorgänge ab. Aber dabei blieb es. Und nun, wo ein gefeignüßiger Zustand durch die einzig mögliche Hilfe, das Landesjägerekorps, geschaffen werden soll, da entzückt man sich wieder und jauchelt von gegenrevolutionären Bestrebungen. Und das, obgleich ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß das Militär nicht gegen die politischen Parteien und Gewerkschaften, sondern nur gegen die verbrecherischen Elemente aufgetreten sei. Überall das gleiche Bild.

Der Belagerungszustand wurde als Sicherheitsmaßnahme, um Plünderungen zu verhüten, verhängt. Es ist aber den Arbeiterräte sofort mitgeteilt worden, daß er unverzüglich aufgehoben wird, wenn die Gewähr für Aufrechterhaltung der Ordnung gegeben ist. Es war also in die Hand der Arbeiter gegeben, daß sie zur schnellsten Aufhebung des Belagerungszustandes beitragen konnten. Das fiel den maßgebenden Kreisen aber gar nicht ein. Anstatt beruhigend auf die Arbeiter zu wirken, horten sie dieselben zur passiven Resistenz in den Betrieben an. So entpuppen sich auch hier die Unabhängigen als die Schlingens der Kommunisten und Spartakisten.

Französische Treiberereien in der Pfalz.

Der Regierungspräsident der Pfalz, v. Winterstein, ist von den französischen Besatzungsbehörden über den Rhein abgedrängt worden. Sämtliche pfälzische Beamte sind von den französischen Besatzungsstruppen angefordert worden, der geplanten neuen Regierung der selbständigen Republik Pfalz, die aus der Mitte der 21 Landräter Herren gebildet werden soll, den Treueid zu leisten. Sämtliche Beamte mit Ausnahme des Oberpostdirektors Gräber in Speyer, der schon von Anfang an mit den französischen Besatzungsbehörden verkehrt hat, wollen einen solchen Treueid verweigern und sind entschlossen, allen solchen Anträgen energig Widerstand entgegenzusetzen. General Gerard hat eine Bekanntmachung für die Pfalz erlassen, in der es heißt: „Es ist dem Generalkommando der französischen Armee zur Kenntnis gekommen, daß Landräter Bevollmächteter ihrer ignominischen Bestimmung für Frankreich seitens gewisser deutscher Beamten Angelegenheiten erfahren mußten. Solche Handlungen seitens jener Beamten bilden einen Mißbrauch der Amtsbezüge und einen Verstoß gegen die Befehle des Marschall Foch sowie eine Unkorrektheit dem siegreichen und wohlwollendsten Frankreich gegenüber.“ Schließlich wird in dieser Bekanntmachung erklärt, daß das französische Besatzungskommando der Pfalz allen Bestrebungen auf Selbständigmachung einer pfälzischen Republik im Anschluß an Frankreich wohlwollendste Förderung zuteil werdenlassen wird und alle gegen- teiligen Schritte zu unterdrücken gedenkt.

Gegen die unwürdige Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen

In Frankreich hat die deutsche Waffenstillstands-Kommission eine Denkschrift überreicht. Es ist damit erreicht worden, daß schweizerische Delegierte des Roten Kreuzes die frühere Kampfbene bereifen und die Lage der deutschen Kriegsgefangenen prüfen dürfen.

Ein Fehltritt.

Eine Bauergeschichte aus dem Taunus
von Fr. Kiesel-Mainz.

9. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
Franz Schwind war jahrelang in Wiesbaden und in Frankfurt als Kellner in Stellung gewesen und trieb sich nun schon seit fast einem Jahre zu Hause herum, in der von ihm ausgesprochenen Absicht, entweder in Tiefenborn selbst oder in einem der benachbarten Orte eine Wirtschaft zu übernehmen oder zu gründen. Offenbar suchte er zu diesem Zwecke eine reiche Frau, um mit dem Gelde derselben für alle Zukunft den klotten Herrn spielen zu können. Wenn es ihm nun wohl auch gelungen wäre, bei seinem hübschen Aussehen und jordanen Luftreizen irgend einer reichen Bauerntochter den Kopf zu verdrehen, so hätte er — davon war Frau Lamprecht überzeugt — doch überall bei den Eltern verschlossene Türen gefunden, denn bei der Einnahme der Einkommnisse kam bei Verheiratung der Tochter die Liebe erst in zweiter Reihe. Erst mußte festgestellt sein, daß die Vermögensverhältnisse so ziemlich zu einander paßten, dann wurde vor allem die Frage erörtert, ob der Bewerber ein arbeitsamer, fähiger Mensch und von einem Charakter sei, daß man ihm ruhig das Lebensglück der Tochter anvertrauen konnte. Bei Franz Schwind riefen diese Voraussetzungen alle nicht zu. Der Bauernarbeit sowohl wie überhaupt jeder Beschäftigung ging er beharrlich aus dem Wege; seine Kaufkraft und die damit verbundenen Hochpreisereien waren durchaus nicht geeignet, ihm die Sympathien seiner einfachen Landsleute zu erwerben, denen nichts mehr widerließ, als zierliches und geistreiches Wesen, besonders wenn dasselbe in der Weise zur Schau getragen wird, als fühle man sich allen anderen geistig überlegen. Die Rekonstruktions- und Verbesserungserei des ehemaligen Kellners verleidete den gescheiterten Leuten um so mehr dessen Gesellschaft, als Franz ein Tiefenborner Kind war und aus einer Familie stammte, die nichts weniger als vermögend galt. Der Weisenmüller — Franzens Vater — war ein braver Mann, hatte aber, so lange man denken konnte, immer in schwierigen Verhältnissen befunden. Grund dazu war hauptsächlich der Umstand, daß seit Einführung der Dampf- kraft sich der Mühlenbetrieb mit Wasserkraft nicht mehr rentierte, und außerdem der die Weisenmühle treibende Fischbach erheblich an Wasser verloren hatte, da von einigen der benachbarten, in den Seitentälern des Gebirges liegenden Dörfern Wasserleitungen gebaut waren. Die zu der Weisenmühle gehörigen Wälder waren dabei von so geringem Nutzen, als daß der Ertrag derselben den Vermögensverlust der Müllersleute hätte verhindern können.

Wäre der Sohn Franz nach Ablauf seiner Militärdienstzeit zu Hause geblieben und hätte derselbe tüchtig mit zugewacht, dann hätte der Müller keine unzuverlässigen fremden Leute gebraucht — so aber sollte der Burche nach seinem Austritt vom Militär dem Vater rundweg erklärt haben, daß es ihm nicht einfiel, sich in seinem jungen Leben auf einem so verlorenen Posten aufzuhalten; ihm stünden andere Mittel zu Gebote, um sein Glück zu machen und er würde diese Wege einschlagen, wenn dies auch nicht mit den veralteten Anschauungen seines Vaters übereinstimme. So war er trotz der Bitten seiner Eltern gegangen und man hatte nichts weiter von ihm mehr gehört, als daß er, wie schon erzählt, als Kellner in den Nachbarstädten jungierte. Und jetzt suchte er sich Dörchen in der augenscheinlichsten Absicht zu nähern, das Mädchen für sich zu gewinnen! Wie eine namenlose Angst vor kommenden Unheil packte es Frau Lamprecht, als sie in ihrem Gedankengang an diesem Punkt angelangt war; hätte sie nicht das Aussehen gesehen, dann würde sie unter irgend einem Vorwande — etwa, daß sie sich unwohl fühle — ihren Mann ersucht haben, mit ihr und der Tochter nach Hause zu gehen — so aber mußte sie mit immer sich steigendem innerem Grauß still zusehen, wie der windige Franz Schwind immer intimer mit Dörchen zu werden suchte. Die Besorgnisse der guten Frau schienen aber auch nur allzu gerechtfertigt zu sein, wenn man das Verhalten Dörchens beobachtete.

Im Anfang hatte sie wie Jugend fortwährend ihre Blicke im Saale herumschweifen lassen und schenkte den Worten des von ihr fast ungeratenen Franz nur oberflächliche Beachtung, dann hatte sie sich, gerade als wäre sie über irgend eine Enttäuschung ärgerlich, wie toll in den Strudel der Tanzenden gestürzt, hatte in der Pause rasch nach einander mehrere Gläser Wein getrunken und unterhielt dabei mit ihrem Tänzer ein wahres Kreuzfeuer von Scherzen und Redereien. Franz war entzückt. So freundlich war Dörchen noch nie zu ihm gewesen. In seiner Verliebtheit gewahrte er nicht das Gezwungene in ihrem Wesen; er sah nur die blühenden Augen, die von Wein und der Erregung des Tanzes glühenden Wangen, eine heiße Begierde erfaßte ihn, das schöne Mädchen zu besitzen. Als dann Paul Höfer in der Saalthe erschienen und ruhig an dem Hofen lehnte, um dem Tanz zuzusehen, hatte Dörchen plötzlich ihren Tänzer stehen lassen, war vor Paul hingetreten und hatte, den Blick zu Boden gesenkt, mit zitternder Stimme gesagt: „No, Paul, denze wir zwaa nit emol zusamme!“ Eine dunkle Rote war in Pauls Angesicht gestiegen und zornig loderte es in seinem Auge auf. Die da vor ihm stand, hatte sein Selbstbewußtsein auf das empfindlichste verletzt, seinen Mannesstolz auf das tiefste getränkt, indem sie vor den Augen ihrer Eltern und seines Vaters seinen in allen Ehren gestellten Antrag in der verletzendsten Form zurückgewiesen hatte — und

jetzt unterstand sich dieses Mädchen, vor ihn hinzutreten, als wäre gar nichts geschehen! Konnte dies etwas anderes sein wie Hohn? Aufstehend hatte er deshalb auf die Frage Dörchens erwidert:

„Mit dir danze? Schalt dein Sport für dich selber! Ich denk, wir zwaa habe miteinander nit mehr zu schaffen!“
Damit hatte er sie ohne ein weiteres Wort stehen lassen und war zu einem der Wirtschaftler getreten, wo sein Vater mit Bewundern aus der Stadt Pfalz genommen hatte. Unter diesen befand sich eine reizende junge Dame, die beim Naben des Vaters Paul freundlich aufstand, sich an den Arm des stattlichen Burchen hängte und ihn in die Reihen der Tanzenden zog.

Ein heftiger Grimm waltete in der Brust der Zurückgewiesenen empor; es war ihr, als müße sie die rote eine blonde Fee am Arme Pauls dahinschwebende schöne Städlerin von ihm hinwegreißen — aber, was ging sie das fremde Mädchen an? Was ging es sie an, ob dieses Mädchen mit Paul Höfer tanzte oder nicht? Sie hatte in einer ihrer frohen Laune entpinnungen Aufwallung Veröhnung mit dem augenscheinlichen Freier gesucht, und schände war ihr diese Veröhnung verweigert worden, ihr, der vielumworbenen Dorothea Lamprecht! Jetzt sollte er aber sehen, daß sie sich nichts, aber auch gar nichts aus ihm mache! Heute noch wollte sie ihm beweisen, daß sie nur die Hand auszustrecken brauchte, wenn es ihr darum zu tun sei, Braut zu werden. Der Franz war ja auch ein schöner Mann — noch viel schöner wie Paul, hatte dabei Manieren wie ein feiner Herr, während bei dem Paul, trotzdem er bei der Garde in Berlin gewesen war, doch aus allem, was er sagte und tat, der Bauer hervorgauckte. Zwar würde es einen schweren Kampf mit den Eltern geben, da der Franz kein Vermögen besaß — aber was schadete das? Ihre Eltern besaßen ja Geld in Hülle und Fülle; der Vater hatte schon mehrmals ausdrücklich erklärt, daß er und die Mutter schließlich „ja“ sagten, wie sie ja bis jetzt alle ihre Wünsche durchgesetzt hatte. Gerade die bevorstehenden Schwierigkeiten reizten sie, dieselben zu überwinden und — hatte sie nicht den Franz auch wirklich lieb? Erklärte sie nicht vor Entzücken, wenn er seine dunklen Augen so begehrend in die ihren senkte? Hatte sie nicht schon oft davon geträumt, daß es wunderbar sein müßte, wenn dieser beredte Mund mit dem klotten Schnurbärtchen sich auf ihre Lippen pressen würde? Längst schon schritt sie an dem Arme des Franz wieder dahin und lauschte mit innerem Frohlocken auf des Burchen immer glühender werdende Botenungen seiner Liebe zu ihr.

Die große Tanzpause war eingetreten. Mäde mit Eimern voll Wasser beprägten vermittelst Blechtrichtern den Saal, die Lichter wurden angezündet, und alles drängte nach den Tischen und ins Freie.

Fortsetzung folgt.

Aus Nah und Fern.

Hungerstreik in Wähen. Das Tschecho-Slowakische Presse-Bureau meldet: In Wähen-Biala stellten Mittwoch 6000 Arbeiter in verschiedenen Fabriken die Arbeit ein, weil infolge ungenügender Mehlszufuhr kein Brot für diese Woche verteilt wurde. Die Demonstranten plünderten in Biala das Lebensmittelmagazin. Truppen und Gendarmen gaben ein Salvo ab, wobei eine Frau und zwei Männer getötet sowie 16 Personen verwundet wurden.

Die brennende Bluse. Kürzlich hat sich in Berlin ein tragischer Unglücksfall zugetragen. Ein Herr ging mit seiner Braut spazieren. Der Wind trug einen Funken seiner Zigarre fort. Plötzlich stand die Dame in Flammen, und nach wenigen Stunden war sie tot. Ein Kleid aus silbergrauem Seidenstoff war die Ursache der Verbrennung. Wie der „Germania“ zufolge festgestellt wurde, handelte es sich um Munitionseide, die ihnen in die Hände gefallen und wahrheitsgemäß verschoben worden war. Vorsicht also beim Seidenkauf.

Das läßt tief bliden. Im „Berliner Tageblatt“ finden wir folgende Erklärung: Die unterzeichneten, im Lehrervereinshaus versammelten Ziegenwurstfabrikanten protestieren energisch gegen die von gewisser Seite aufgestellte und durch Flugblätter usw. verbreitete Behauptung, „es würde Kinder-, Hunde- und Hahnenfleisch in die Ziegenwurst verarbeitet. Das ist eine bewusste Lüge zur Aufhebung des Publikums.“ Es läßt tief bliden, wenn man sich in Deutschland dagegen verwahren muß, daß Kinderfleisch zu Wurst verarbeitet wird.

Verkauf von Salzheringen.

In der Zeit vom 27.-31. Mai 1919 können in den nachstehend verzeichneten Geschäften

ca. 125 Gramm Hochseevollheringe zum Preise von Mk. 1.50 für das Pfund oder

ca. 125 Gramm Stoherinae

zum Preise von Mk. 1.75 für das Pfund

abgegeben und entnommen werden gegen Abtrennung des Abchnittes 8 des neuen Lübeckischen Fischkartenbrosches, gegen Abtrennung der Fischkarte für den Bezirk Travemünde, gegen Abtrennung des Fischkartenbrosches für den Bezirk Schlutup, Rüditz, Siemshöfenburg.

Gefäße und Einwickelpapier sind mitzubringen!

Die Händler in Lübeck haben die gesammelten Abchnitte spätestens am 5. Juni 1919 unter Angabe des Restbestandes an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Breite Straße 65 I, Zimmer 8 abzuliefern.

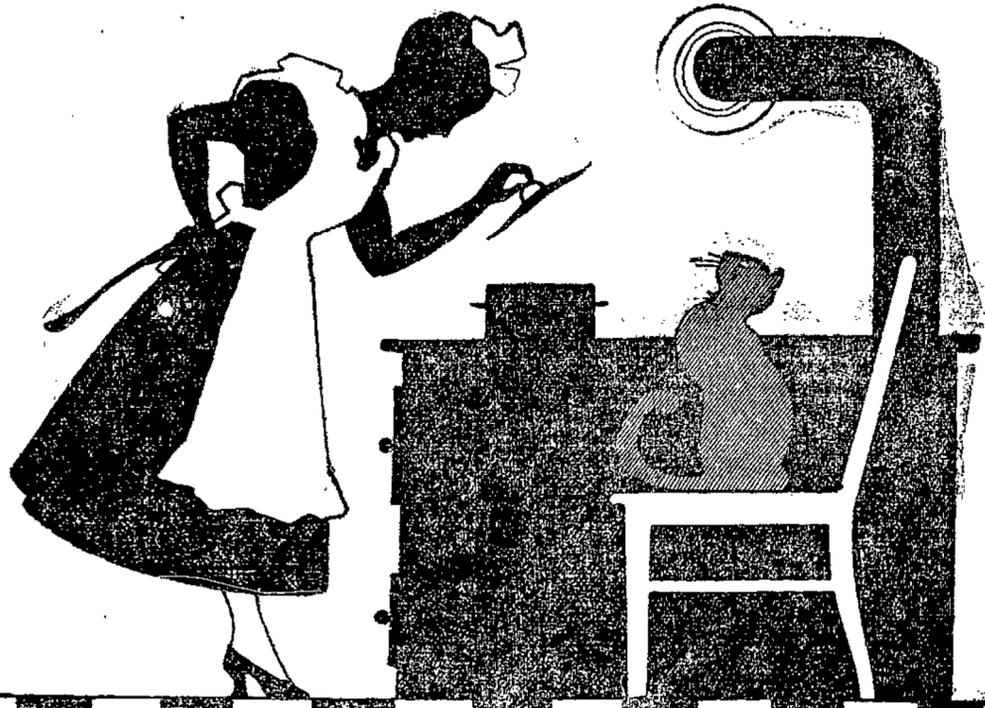
Lübeck, den 26. Mai 1919.

(2652)

Das Landesverorgungsamt.

Verkaufsstellen:

- | | |
|---|---|
| Behrend, Wilh., Brodesstr. 20. | Mollenhauer, Nachflg., Postenstraße 36. |
| Berger, Friedr., Warendorferstraße 82. | Müll, Conrad, (Jnh. W. Backmann), Wödenstraße 83. |
| Radstein, Wilh., Schwömetenquerstraße 11. | Negel, Richard, Hohenlandstr. 47. |
| Bartels, A., Lindenstr. 48. | Otte, Th., Rühnstr. 83. |
| Bartels, Gust., Marktstr. 21 b. | Pagels, Ernst, Glockengießerstraße 71. |
| Bogasse, Gebr., Sandstraße 22. | Petersen, Joh., Morkestr. 18a. |
| Bonasse, Gebr., Hohenlandstr. 7. | Piper, G., Blücherstr. 28. |
| Bohm, F. J., Danzigerstr. 97. | Prinziin, Herm., Waisenhofstraße 9a. |
| Bosung, Rich., Kronst. Allee 6a. | Rahl, E., Meierstr. 56. |
| Bühlow, F. J. G., Engelsgrube 57. | Robbich, H., Fack. Allee 195. |
| Blöb, Joh., Fleischhauerstr. 15. | Scheel, Heindr., Kupferhüttenstraße 12. |
| Borgwardt, J., Kronst. Allee 29. | Schliöper, F., Glockengießerstraße 51. |
| Bredde, Joh., Pantenstraße 87. | Schlichting, W., Johannistr. 53. |
| Brincker, Rud., Süderstr. Allee 5. | Schnoor, Karl, Wödenstr. 14. |
| Buhrmann, I., Süderstr. 23. | Schröder, H., Meierstr. 45. |
| Büsen, Reinh., Meierstr. 1a. | Schütt, H., Augustenstr. 14/14a. |
| Bütz, W., Warendorferstr. 34. | Schwarcke, Herm., Rarpenstraße 11a. |
| Danijelsen, Ad., Weist. Allee 26. | Schwedt, Franz, Gr. Burgstraße 29. |
| David, Heindr., Feldstr. 2. | Speck, Ed., Südr. 80/82. |
| David, C., Elmstr. 4a. | Tews, Martin, Adolfr. 7. |
| Delikatessenhaus „Hansa“, Südr. 113. | Thomsen, Hans, Weist. Allee 2. |
| Erdmann, Ludw., Wödenstr. 11. | Tretow, Paul, Schlumacherstr. 27. |
| Fick, A. J. H., Wafenstr. 7. | Trostner, Fr., Mühlenstr. 87. |
| Finke, E., Spillerstr. 5. | Ullrich, A. L. W., Johannistr. 11. |
| Grube, Bernh., Dackow-Allee 25. | Uter, J. C., Kronst. Allee 12b. |
| Harst, Conrad, Südr. 129. | Volkstaedt, Fr., Wödenstraße 85. |
| Hartwig, Ludw., Oberwall 5. | Wanzenberg, Werner, Falkenstraße 10. |
| Hayessen, Gerh., Mühlensbrücke 1a. | Wegener, Hans, Wödenstr. 10. |
| Heitmann & Co., Südr. 58. | Weicher, Ludw., Lange Reihe 2. |
| Hinz, Karl, Breite Str. 55. | Westen, C., Wödenstraße 70. |
| Holtermann, E. H., Wödenstr. 1. | Wieners, J. J. H., Regidienstr. 70. |
| Judersleben, Fr., Südr. 51. | Wichmann, Ad., Wödenstraße 56. |
| Kihbel, Jul., Wödenstr. 5-7. | Wils, Karl, Elmstr. 82. |
| Konsumverein, in allen Verkaufsstellen. | |
| Kruse, Fritz, Schöfelbuden 32. | |
| Lehn, Ludw., Meierstr. 4. | |
| Lohse, H., Johannistr. 65. | |
| Mangeis, F. W., Dackow-Allee 4. | |
| Matz, Bernh., Meierstr. 16. | |
| Matern, M., Wödenstr. 7. | |
| Meckenhauer Nachflg., Wödenstr. 16. | |
| Meese, Fr., Johannistr. 80. | |
| Meins, H., Pantenstraße 29. | |
| Menges, H., Wödenstraße 50. | |
| Meyer, Chr., Danzigerstr. 111. | |
| Möller, Wilh., Weist. Allee 67a. | |
| | Halupka, P., Südr. 10. |
| | Konsumverein des Hochofenwerks, Südr. 10. |
| | Hab, Ernst, Wödenstr. 10. |
| | Kranz, M., Schöfelbuden 16. |
| | Mustin, J., Schöfelbuden 16. |
| | Wills, P. H. F., Schöfelbuden 16. |
| | Bergmann, G., Travemünde. |
| | Grünhagen, H., Travemünde. |
| | Lohrmann, A., Siemshöfenburg. |



„Die Küche“

eine sehenswerte Ausstellung in sämtlichen Fenstern des Särrangen erregt das Interesse jeder Hausfrau.

Küche „Anna“
natur lackiert
Küchenschrank
Küchensisch
2 Stühle
kompl. 325 Mark

Küche „Luise“
eiche lackiert
1 Büfett
1 Tisch
2 Stühle
kompl. 395 Mark

Küche „Auguste“
natur lackiert
1 Büfett
1 Tisch
1 Leiterstuhl
kompl. 450 Mark

Küche „Selma“
natur lackiert
1 Büfett mit Linol.
1 Tischplatte
2 Stühle
kompl. 525 Mark

Küche „Mimi“
natur lackiert
1 Büfett mit Linol.
1 Tischplatte
1 Handtuchhalter
2 Stühle
kompl. 625 Mark

Küche „Marie“
weiß lackiert
1 Büfett
1 Aufwandschlag m.
Zinfausschlag
2 Stühle
kompl. 695 Mark

Küche „Lya“
natur lackiert
1 Büfett mit Linol.
1 Tischplatte
1 Küchenschrank
2 Stühle
kompl. 860 Mark

Im Erfrischungsraum

Spezialitäten:

- Prima Schokoladen-Eis Portion 1.25
- Prima Vanille-Eis Portion 1.25
- Prima Bohnen-Kaffee Tasse 1.25

Rudolph Karstadt

Kom.-Gef. • Lübeck.

Es ist im Publikum die Ansicht verbreitet, daß der vom Landesverband gelieferte Kaffee-Grüß ein minderwertiges und daher nicht zu empfehlendes Produkt sei. Dies ist aber nicht der Fall. In dem Kaffee-Grüß sind nämlich 20 Prozent reine Kaffeebohnen enthalten.

Stadtmagistrat Bad Schwartau.

(Ernährungsfrage.)
Francke.

2635

Am Dienstag, dem 27. d. Mts., vorm. 8 Uhr, wird in der Meierei:

125 Gramm Käse a Person

ausgegeben für die Haushaltungen mit dem Anfangsbuchstaben A—D.

Am Mittwoch, dem 28. für die Haushaltungen E—H.

In folgenden Haushaltungen werden in der nächsten Woche beliefert:

Das Verteilungsamt ist vorzulegen.

Stadtmagistrat Bad Schwartau.

(Ernährungsfrage.)
Francke.

2636

Steuerbeiträge

Zur Erlangung von Ausweisen für die Verbilligung von Steuern werden um Steueramt nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr ausgehelt.

Die Steuerbehörde.

Mairei-Komitee

Donnerstag, den 29. Mai

vormittags 10^{1/2} Uhr

Abrechnung

im „Gewerkschaftshaus“

Zimmer 4. (2633)

Sozialdemokratische Bürgerlichkeitsstation.

Mittwoch, den 28. Mai

abends 8 Uhr:

Sitzung

im Rathaus

Deutscher

Transportarbeiterverband

Ortsverwaltung Lübeck.

Nachruf.

Am Freitag, dem 23. Mai starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege

August Hackmann.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 27. Mai, vorm. 8^{1/2} Uhr von der Kapelle des Burgortfriedhofes aus statt. (2656)
Die Ortsverwaltung.

Die Trauerfeier für unsern lieben Entschlafenen findet am **Mittwoch nachmittags 2.45 Uhr** in der Kapelle des Burwörter Friedhofes statt. (2651)
Bertha Heede und Kinder.

Gesucht zu sofort ein jungeres Tagesmädchen oder Mädchen für ganz. Hundeitr. 101. (2624)

Zu verkaufen ein neuer Strohhut für einen 12jährigen Knaben. (2650) Sedanstr. 4.

Braunes Reineinstoffm preiswert zu verkaufen. (2622) Braumstraße 26, I. Ints.

Zu verkauf. ein guterhaltener Klempnerwagen. (2632) Arminstraße 46a I.

Zu verk. mahagoni Sekretär u. Schränk, Wandschoner und lein. Krage. (2628) Wödenstraße 15 I.

Zwei gr. Silber billig zu verkaufen. (2613) Gartenstraße 82a.

3 verk. e. Wäschetübel, 1 Siegelring, 1 E. n. Stiefel sch. f. f. Gr. 42, gegen br. f. 1 B. gelbe Rd. St. Gr. 28, geg. größere zu verkaufen. (2647) Arminstraße 8.

E. sch. Kleidermantel z. verk. ein heller Kind- o. Badischhut 7 Mk. (2646) Glorinstr. 4 II.

Zu verk. 2 guterhalt. gl. Perlmutter mit Krage. Angek. W. 3 an die Exp. (2632)

Eine geb. Sobelbant zu kaufen gesucht. 2634

Schildt, Wafenstr. 38, Wohn. 24

Eine alte Feldbluse zu kaufen gesucht. Angebote unter F 7 an die Exp. d. Bl. 2626

Zu kaufen gesucht ein seidener leichter Sommermantel. Angeb. unter F R 15 an die Exp. (2625)

Meine Verlobung mit Georg Stark habe ich auf.

Marie Krieger geb. Ohlert, Schlutup. 2648

Wo kann jung. Mädchen Handarbeitsstunden nehmen? Angeb. unter S R 46 an die Exp. (2639)

Anklage der Gepeinigten

Geschichte eines Feldlazarets.

Aus den Tagebüchern eines Sanitätsfeldwebels.

Mit einem Vorwort von Artur Zickler, Redakt. des „Vorwärts“.

Preis 80 Pfg.

Buchhdlg. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Die Nacktheit.

Behördlich freigegeben. 20 verschied. entzückende Alt- und Modelfarben. 20 Karten Mk. 3.—, 100 Karten Mk. 12.50. Worte extra. Interessante Bücherliste 30 Bfg. Voreinsendung oder Nachnahme O. Fischer, Berlin-Halensee, Marktgrabenstraße 4. Postfach 5240, Berlin. (2616)

2627

12